Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Seite angezeigt. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44. | Dresden, Donnerstag den 21. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Die junkerliche Wahlrechtsverschandlung.

Die Junker und Junkergenossen in der Kommission des Dreiklassenhauses haben es fertig gebracht, das gleiche Wahlrecht, das die Regierungsvorlage enthielt, für erledigt zu erklären, und haben ein Pluralwahlrecht angenommen, dessen Schönheiten das sächsische Pluralwahlrecht noch weit überstrahlen. Nicht nur, wer über 50 Jahre alt ist oder mehr als drei über 14 Jahre alte Kinder hat, soll eine Zusatzstimme erhalten, sondern auch der, dessen Eigentum oder Vermögen eine gewisse Höhe erreicht hat, wer eine höhere Schule besucht oder eine versicherungspflichtige Person beschäftigt. Bis zu sieben Stimmen würde ein Mitbürger erhalten können, der über alle die Eigenschaften verfügt, die ihn in den Augen der preußischen Junker als ein besonders wertvolles Mitglied der menschlichen Gesellschaft erscheinen lassen.

In einer Zeit, wo ihre Volksgenossen so ungeheure Opfer bringen, wo Tausende ihr Leben alltäglich aufs Spiel setzen und andere Tausende darbend, die schwerste Arbeit verrichten, haben die preußischen Junker die Stirn, sich für ein Wahlrecht auszusprechen, das den Leuten, die über einen wohlgefüllten Geldsack verfügen, wesentlich größere politische Rechte einräumt als ihren ärmeren Volksgenossen.

Geht es nach dem Willen der junkerlichen Wahlrechtsfeinde, so hat zwar der, der im Kriege seine Existenz und sein Vermögen opfern mußte und sich mühselig eine neue Lebensstellung aufbauen muß, nur eine Stimme, der aber, der so glücklich war, zu Hause bleiben zu können, und der sich durch keine Skrupel abhalten ließ, die Not seines Volkes zu seiner Bereicherung zu benutzen, bekommt zum Lohn dafür ein Mehr an politischen Rechten. Hat der Sohn eines armen Vaters seine kargen Feierstunden dazu benutzt, um sich eine gründliche Bildung anzueignen, so nutzt ihm das gar nichts. Aber der Sprößling aus reicher Familie, der, mag es mit seinen Geistesgaben auch noch so schlecht bestellt sein, dank des reichlichen Mammons seines Vaters sich so lange auf der Schulbank herumdrücken kann, bis er mit Ach und Krach das Einjährige ersessen hat, wird dafür mit einer Extrastimme ausgezeichnet, auch wenn von dem eingetrichterten Wissen so gut wie nichts an ihm hängen blieb.

Der preußische König hat sein Wort gegeben, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz werden soll. Unsere Junker spielen sich immer so auf, als wenn sie allein die echte und wahre Königstreue gepachtet hätten. Sie müßten sich darüber klar sein, daß nichts mehr geeignet wäre, die Monarchie in Preußen-Deutschland zu untergraben, als wenn das in schwerer Zeit gegebene Wort des Königs nicht eingelöst werden könnte.

Die Junker behaupteten stets, die besten Stützen der Kirche, Träger des christlichen Gedankens zu sein. Aber wir fragen, wie läßt sich das mit wahrhaft christlicher Gesinnung vereinbaren, daß den Wucherern und Schiebern mehr Einfluß auf das Schicksal ihres Volkes gegeben wird, als dem Mann, der sich redlich für sein und seiner Familie Brot plagt, dabei aber nicht allzuviel des schnöden Mammons anzusammeln vermag? Aber was ist unseren Junkern Recht und Gerechtigkeit? Was ist ihnen die Monarchie, was ist ihnen das Christentum, wenn es ihre Klasseninteressen gilt? Sie wissen, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt, ist es mit einer der festesten Stützen ihrer Herrschaft vorbei. Dann müssen sie fürchten, daß ihnen über kurz oder lang auch ihr großer Einfluß auf die Verwaltung gemindert wird. Dann müssen sie fürchten, daß das Schulwesen in Preußen ausgebaut wird, und daß auch in den Gebieten, die bisher ihr unbeschränktes Herrschaftsgebiet waren, die Massen eine bessere Bildung erhalten, so daß sie nicht mehr gefügig ihren Nacken vor ihren junkerlichen Herren beugen. Es geht freilich für die Junker aufs Ganze.

Das Verhalten der Mehrheit des preußischen Verfassungsausschusses muß die Massen aufs äußerste reizen. Aber man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das viele der Herren, die in der Kommission das gleiche Wahlrecht zu Fall gebracht haben, auch wollen. Das ist nun einmal die Manier der echtpreußischen Leute: Erst reizen sie das Volk bis aufs Blut, und wenn dann die Massen ihrem Unwillen in lebhafter Weise Ausdruck geben, dann schreien sie: Seht, das Volk ist noch nicht reif, man darf ihm keine Rechte geben. Wir haben's ja mit den Angehörigen derselben Kreise zu tun, die den Ausbruch des Streiks mit innerlichem Jubel begrüßt haben, damit sie sich geifernd auf die Arbeiterschaft stürzen konnten. Die Leute treiben fürwahr ein gefährliches Spiel. Noch sind wir vom Frieden weit entfernt. Noch bedarf es der äußersten Kraftanstrengung, um Deutschland vor einer Niederlage zu bewahren. Die Volksmassen haben sowieso genug berechtigten Anlaß zu äußerstem Unwillen, und es ist daher geradezu eine Gefahr für unser Vaterland, wenn sie in so unerhörter Weise von neuem durch die Dreiklassenherren provoziert werden.

Aber das alles ist unseren junkerlichen Staatsstützen und ihren Bundesgenossen egal. Nach ihrer Weltanschauung ist der Staat in erster Linie dazu da, damit sie darin herrschen. Erfolgt ein Angriff gegen die Grundlagen ihrer Herrschaft, dann ist ihnen alles andere gleichgültig.

Billige Erfolge in Rußland.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz:

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. Ein Vorstoß in den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Plaine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Moncel, Reclicourt und Manoncourt an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere Anzahl Gefangene.

Südwestlich von Metzeresche brachten Sturmtrupps von einer Erkundung Gefangene zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn:

Von der Insel Moon aus sind unsere Regimenter nach Ueberschreiten des zugefrorenen Sundes in Estland eingerückt und haben Reval besetzt.

Im Vormarsch am Rigaischen Meerbusen entlang wurden Pernigel und Lemsal erreicht. Bei Lemsal kam es zu kurzem Kampfe, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden. Wenden wurde durchschritten, unsere Truppen stehen vor Wolmar.

Zwischen Dünaburg und Pinsk sind wir im Vorbringen nach Osten.

Heeresgruppe Linsingen:

Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt.

Nowno wurde vom Feinde gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Bisher wurden gemeldet:

An Gefangenen ein kommandierender General, mehrere Divisionskommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann.

An Beute 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4000—5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges unübersehbares Kriegsgerät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Konservativen hätten das gleiche Wahlrecht in der Kommission nicht zu Fall bringen können, wenn sie nicht Unterstützung aus den Reihen der Nationalliberalen bekommen hätten. Es war ja zu erwarten, daß es den Junkern an nationalliberalen Hilfstruppen nicht fehlen würde. Die Nationalliberalen des preußischen Landtags haben zum größten Teil immer auf dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei gestanden. In ihnen lebt der Geist jener schwerindustriellen Magnaten, die ihre Arbeiter, ebenso wie die Junker ihr Gesinde, als Hörige betrachten, die sich ihrem Willen widerspruchslos zu beugen haben.

Die preußische Regierung hat sich durch den Mund des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Friedberg entschieden gegen die jetzt in der Kommission angenommene Fassung der Wahlrechtsbestimmungen ausgesprochen. Was nun weiter geschehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die preußische Regierung hat ihr Wort gegeben, daß sie alles tun wird, um das gleiche Wahlrecht in Preußen durchzusetzen. Es ist möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß die Junker nachgeben, wenn sie sehen, daß die preußische Regierung Ernst macht. Es ist auch möglich, daß im Plenum des Dreiklassenhauses der Zugang, den die Konservativen aus den Reihen der Nationalliberalen bekommen, nicht stark genug ist, um für die konservativen Wahlrechtswünsche eine Mehrheit zu schaffen.

Erklärt sich aber im Plenum der Landtag für die von den Konservativen gewünschte Wahlrechtsverschandelung, dann darf die Regierung, wenn die Empörung der Volksmassen nicht einen bedenklichen Grad erreichen soll, keinen Augenblick zögern, dann müßte mindestens sofort das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst werden, wenn die Regierung nicht gleich zu noch schärferen Mitteln greifen will. Die Regierung darf es sich aber auch nicht gefallen lassen, daß etwa jetzt die Dreiklassenleute die Wahlrechtsvorlage noch monatelang verschleppen, um zunächst einer endgültigen Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Es steht hier wahrlich viel auf dem Spiel, und jedes Zaudern und Zögern der preußischen Regierung ist geeignet, die größten Gefahren für unser Vaterland heraufzubeschwören.

•

Eine Verhöhnung der Arbeiter.

Der Vorwärts schreibt zu dem Junkerstreich im Verfassungsausschuß:

Dem Hohn gegen die Arbeiter haben die Antragsteller noch besonderen Ausdruck verliehen. Es soll für immer festgehalten werden, wie der konservative Sprecher seine Ansicht begründete, daß der Antrag die Arbeiter angeblich nicht entrechte. 6000 M., so erklärte der Herr, könne heute jeder Arbeiter erspären! Und ferner verdienten die Arbeiter so hohe Löhne, daß ihr Einkommen sicher über den Gemeindedurchschnitt weit hinausgehe. — Dieser Durchschnitt, der nicht unter allen Einkommen liegt, verdient als ein mathematisches Wunder ausgestellt zu werden.

Die Herren Kohlendampfer bilden sich zu Volksvertretern aus. Ihr Endziel hat eben erst der Januarstreik Lüderitzburg treuherzig gezeigt: den Reichskanzler, der auf das Volk schießen läßt. Die Arbeiterschaft wird den Reaktionären nicht den Gefallen tun, es dahin kommen zu lassen. Aber ihr Recht wird sie sich erkämpfen und dann — wehe den Herren, die sich vermessen haben, gegenüber dem Volk den Tierbändiger spielen zu wollen!

•

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt, Pluralwahlrecht beschlossen!

eb. In der Mittwochsitzung des Verfassungsausschusses lief ein nationalliberaler Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlsystem nach Art des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und daneben den Proporz in gemischtsprachigen Landesteilen vorsieht. Ein Volksparteiler führte aus: Der ganze preußische Verwaltungsapparat ist von konservativem Geiste beseelt. Unter dem gleichen Wahlrecht werden die wirtschaftlich ärmeren Mehrheit haben, die so aussehen wird wie die jetzige Reichstagsmehrheit. Daraus kann sich dann die Regierung stützen und Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Er hoffe, daß Dr. Feldberg nicht von der Erklärung, die er und die Regierung abgegeben haben, abweichen will; es wäre auch zu unverständlich. Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen könne, und daß jeder andere Versuch unannehmbar sei. Die Fortschrittler werden für keinen Pluralantrag stimmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag des Nationalliberalen. — Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortete, er habe letztin nur ausführen können, daß die Prüfung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums sei. Diese Prüfung hat inzwischen stattgefunden. Alle Vorschläge für Zusatzstimmen bedeuten eine Begünstigung, die ja gerade durch die Reform des alten Wahlrechts beseitigt werden soll. Aus diesen Gründen vermag die Staatsregierung in den angedeuteten Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würde die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel schärfer demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch wird in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf ein Pluralwahlrecht zurückgeschritten werden sollte. Das liege aber nicht in der klar ausgesprochenen Absicht der Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der Staatsregierung zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Lohmann nicht in Aussicht stellen.

Darauf sagte die Begründung des nationalliberalen Antrags durch den Antragsteller, der das gleiche Wahlrecht mit der Begründung ablehnt, weil es Adolf Hoffmann zum Kultusminister machen würde. Minister des Innern Dr. Drews erklärt den nationalliberalen Antrag für ein verschärftes Dreiklassenwahlsystem. Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei hervorzuheben, daß sie genügend Interesse und Verständnis für kulturelle Bedürfnisse hätten. Ein Konservativer erklärt, daß seine Partei im Falle der Ablehnung ihres Antrags den nationalliberalen Antrag wohlwollend prüfen werde. Nach der heutigen Erklärung Dr. Friedbergs erscheine eine Verständigung zwischen den Konservativen und der Staatsregierung ausgeschlossen, aber sie könnten unter keinen Umständen unter ihren Antrag herumtergehen. Ein Nationalliberaler sagt, daß für den Dreiklassenantrag einige seiner Parteigenossen sich nicht alle Kommissionsmitglieder seiner Partei einfinden würden, obwohl auch er noch wie vor Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht habe.

Ein Freikonservativer begründet den Antrag, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufzufordern, durch den das Gemeindewahlrecht dem Landtagswahlrecht angepaßt wird.

Nachdem noch ein Zentrumsredner die grundsätzliche Stellungnahme seiner Freunde auf dem Boden der Regierungsvorlage vorbehältlich späterer Stellungnahme erklärt hat und auch zwei Nationalliberale sich bedingt für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, wurde der freikonservative konservative Pluralantrag mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Freikonservativen und vier Nationalliberale, dagegen zwei Nationalliberale, das Zentrum, der Fortschrittler, der Pole und der Sozialdemokrat. Der nationalliberale Dreiklassenantrag ist damit gegenstandslos geworden, der Regierungsantrag gefallen. — Weiterberatung Donnerstag.

•

Die Nationalliberalen und das gleiche Wahlrecht.

Das Berliner Tageblatt meldet: Der Abstimmung im Wahlrechtsausschuß war am Nachmittag die entscheidende Sitzung der nationalliberalen Fraktion vorangegangen. Dabei ergab sich, daß 44 Mitglieder der Fraktion gegen das gleiche Wahlrecht waren, während eine Minderheit von 20 Abgeordneten sich dafür entschieden.

Im nationalliberalen Landtagsklub erklärt man nun, man dürfe von dieser ersten Abstimmung noch keine Schlüsse auf das endgültige Schicksal der Wahlrechtsvorlage ziehen. Schließlich werde es darauf ankommen, ob die Staatsregierung in der Frage eines auf Besitz gestützten Pluralwahlrechts doch mit sich werden lassen, das ja, wie sie nun gezeigt habe, allein für richtig gehalten werde. Ein auf Alter, Bildung oder Kinderzahl gegründetes Pluralwahlrecht würde im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit finden, da ja die gleiche, die die jetzige Mehrheit im Auge hat, nicht erreicht werden würde. Die darauf bezügliche Hoffnung sei ein Wunsch, man vielleicht für einen Augenblick, dann noch [illegible] Kompromißvorschläge machen, die gestrigen sehr bestimmten und eindringlichen Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums freilich nur gering.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die neueste Schwenkung im Osten.

Nach einer matten, gänzlich eindruckslosen Rede errang sich Staatssekretär v. Kühlmann heute im Reichstag allgemeine Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall, als er den neuen Friedensfunkspruch aus Petersburg mitteilte, wonach sich der Rat der Volkskommissare bereit erklärt, die Brester Bedingungen der Mittelmächte anzunehmen. Das Friedensbarometer im Osten steht plötzlich wieder auf schön Wetter. Aber die ganze Friedenswitterungslage hat sich bisher als höchst unbeständig erwiesen.

Wie war es doch? Es ist gut, einmal ein Stück Wegs zurückzuschauern. Als Mitte November die Bolschewiki ihren Aufruf zu sofortigen Friedensverhandlungen erließen, unmittelbar, nachdem sie zur Macht gekommen, war alles überzeugt, daß der Friede mindestens im Osten vor der Tür stünde. Die allgemeine Friedensseligkeit wuchs, als die ersten bolschewikischen Waffenstillstandsparlamentäre vor den deutschen Linien erschienen. Leutnant Schnour, der später von den Bolschewiki zum Oberst befördert, als alter zaristischer Lockspitzel entlarvt wurde und seitdem in der Peter-Pauls-Festung sitzt, erhielt den Waffenstillstand ohne Schwierigkeiten bewilligt. Die Zufriedenheit der öffentlichen Meinung und die Unruhe im alldeutschen Lager nahm weiter zu, als die Unterhändler in Brest-Litowsk zum Friedenswerk zusammentraten und allen kriegführenden Staaten eine zehntägige Frist zur Teilnahme an den Verhandlungen stellten.

Kühlmanns Erklärung vom 25. Dezember über die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wurde trotzdem jubelnd aufgenommen. Um so tiefer war die Enttäuschung über die nachfolgenden Erläuterungen vom 27. Dezember, die zeigten, in welcher Weise Deutschland dieses Selbstbestimmungsrecht verwirklicht sehen wollte. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung glaubte alles verloren und geriet in heftige Erregung gegen die deutschen Regierung, die sich später besonders auf den General Hoffmann zuspitzte. Die Fälschungen der Petersburger Telegraphen-Agentur, die es so darstellte, als hätten die russischen Unterhändler die deutschen Bedingungen sofort für unannehmbar erklärt, gossen Oel ins Feuer. Man verzweifelte am Friedensschluß und maß die ganze Schuld den Mittelmächten bei.

Inzwischen verloren die Bolschewiki viel von ihrem Ansehen. Sie lösten mit Gewalt die konstituierende Nationalversammlung und den demokratischen estnischen Landtag auf und unterdrückten alle Zeitungen gegnerischer Richtung, kerkerten alle feindlichen Politiker ein und enthüllten immer offener ihr Programm der internationalen sozialen Revolution. Gleichzeitig nahmen die Verhandlungen mit der ukrainischen Rada erfolgversprechenden Fortgang. Als der „Brotfriede" mit der Ukraine zustande kam, nahm ihn die öffentliche Meinung günstig auf. Die Kritiker an diesem Vertragswerk wurden besonders ins Unrecht gesetzt, als es kurz darauf hieß, auch Rußland habe den Kriegszustand nunmehr beendet und die allgemeine Heeresentlassung angeordnet.

Aber aus dem Himmel der Friedensfeiern mit Fahnenschmuck und Glockenläuten stürzte man tief herab in die Hölle der Kriegsraserei. Kiew, Helsingfors und Abo wurden von den Roten Garden erobert, der ganze künstliche Friedensbau im Osten schien zusammenzustürzen. Aus Livland und Estland kamen Hilferufe, und die Alldeutschen lärmten nach neuem Waffengang. Und schon war auch an der Ostfront der Waffenstillstand beendet, und die deutschen Heere — nicht aber die österreichisch-ungarischen — marschierten. Die Polen tobten vor Wut über die Begünstigung der Ukrainer auf ihre Kosten. Graf Czernin, der sich eben noch im Triumphzug vom Bahnhof hatte abholen lassen, bekam böse Worte zu hören, und Kühlmann hatte auf keinen freundlichen Empfang im Reichstag zu rechnen. Aber heute hängt schon wieder der Himmel voller Baßgeigen. Kühlmann selbst ist allerdings vorsichtiger geworden und hat vor überschwänglichen Hoffnungen gewarnt.

Mit vollem Recht! Sollen die ärgsten Enttäuschungen vermieden werden, ist die ruhigste Aufnahme der neuen russischen Friedensbereitschafts-Erklärung dringend geboten. Der Rat der Volkskommissare verspricht Unterzeichnung des Friedens unter den Bedingungen, die die Vertreter der Mittelmächte in Brest gestellt haben und sofortige Antwort auf die genauen Bedingungen der deutschen Regierung. Diese Bedingungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die . . . verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden."

Der Verlauf dieser Schnittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Kurland, einen Teil Estlands und Polens von Rußland abschneidet, aber nicht die Ukraine, von der damals Graf Czernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an. Ueber diese ukrainische Frage müßten sich die Mittelmächte mit der Petersburger Regierung rasch einigen, wenn dort nicht unermeßliche Werte sinnlos zerstört werden sollen: Zurückziehung der bolschewikischen wie der Truppen der Mittelmächte! Dem Chorus der Erobererblätter aber, die ob des militärischen Spaziergangs im Osten kindische Freudenausbrüche von sich geben, sprechen wir jedes Recht ab, den bolschewikischen Friedenswillen in Zweifel zu ziehen.

•

Oesterreich und der Vormarsch.

Wien, 20. Februar. Aus dem k. u. k. Kriegspressequartier erfahren wir: Der Rat der Volkskommissare hat die von den Vierbundmächten in Brest-Litowsk aufgestellten Friedensbedingungen ohne jedweden Vorbehalt angenommen. Die hiermit erzielte neue Wendung im Osten ist ausschließlich dem ohne Zögern erfolgten militärischen Vorgehen gegen die großrussische Republik zu danken. Es ist selbstverständlich, daß diese militärische Aktion, die bisher an den Fronten unternommen wurde, aus dem Einvernehmen der beiden Mittelmächte begründet war. Wenn bisher nur das Vorgehen deutscher Kräfte gemeldet wurde, so ergibt sich dies aus der Tatsache, daß das Schwergewicht der österreichisch-ungarischen Streitkräfte auf dem südlichen Teil der Ostfront liegt. Nördlich des Pripjet stehen nur deutsche Truppen, auch beiderseits der Bahn Kowel—Rowno waren zur Stunde des Einsetzens nur deutsche Verbände zur Verfügung. Ein Eingreifen unserer Truppen hängt lediglich von der örtlichen Lage und der Kräftegruppierung ab.

•

Bestürzung in Paris.

Genf, 21. Februar. Die Nachricht von der völligen Kapitulation der großrussischen Regierung hat in Paris große Bestürzung erregt. Man zweifelte nicht, daß die Maximalisten durch ihren Widerstand die deutsche Regierung und Heeresleitung zwingen würden, Maßregeln militärischer Art gegen Rußland in großem Maßstabe durchzuführen und die Deutschen daher große Truppenverbände nach Rußland schicken müßten. Es wird jetzt beabsichtigt, mit Rußland sämtliche Beziehungen abzubrechen. Clemenceau ist gewillt, den französischen Botschafter aus Petersburg abzuberufen. Einige sozialistische Abgeordnete sprachen bei Clemenceau vor, um ihn, wenn möglich, von seinem Vorgehen abzuhalten. Clemenceau hat jedoch den Sozialisten einen ablehnenden Bescheid erteilt.

•

Die Reichstagsdebatte über die Ostfragen

wurde vom Staatssekretär v. Kühlmann mit einer kurzen Empfehlung des Friedensvertrags mit der ukrainischen Zentralrada eingeleitet. Mehr als das aber interessierte das Haus seine Mitteilung von dem Funkspruch der russischen Volkskommissare. Auf das östliche Kapitel ging Genosse Dr. David sehr gründlich ein. Er untersuchte die Haltung der Bolschewiki zur Friedensfrage und stellte mit der notwendigen Entschiedenheit fest, daß Trotzki und seine Leute nicht etwa von heute auf morgen umgefallen sind, sondern daß die berühmte Erklärung der Zentralmächte vom 27. Dezember bei der Beurteilung der ganzen Entwicklung keineswegs unterschätzt werden darf. Allerdings zwei Seelen wohnen in der Brust der Bolschewiki: die eine will der Welt möglichst schnell den Frieden geben, die andere aber hält mit klammernden Organen fest an der Hoffnung auf die internationale proletarische Revolution. Aber darum bleibt doch die unbedingte Friedensbereitschaft der Bolschewiki unzweifelhaft und kann durch nichts hinwegdisputiert werden. Außer diesem Nachweis beschäftigte sich Dr. David auch mit den Vorgängen in den russischen Randländern, die zum großen Teil soziale Revolutionen sind, in die wir uns ebenso wenig einmischen sollten, wie in die ukrainischen Verhältnisse. Selbstverständlich findet der Friedensvertrag unsere Billigung; ebenso wie der Zentrumsredner Gröber hätte aber auch David gewünscht, daß man den Cholm-Aerger durch rechtzeitige Heranziehung polnischer Vertreter zur Festlegung der Ukrainegrenze vermieden hätte.

Herr Gröber hatte sich übrigens auch mit bemerkenswerter Deutlichkeit dagegen verwahrt, daß auf dem ersten Friedensvertrag in diesem Kriege neben den Vertretern des Deutschen Reiches auch ein Vertreter der Obersten Heeresleitung sich verewigt hat. Bisher war man der Meinung, daß die auswärtige Politik Sache der Zivilregierung sei und bekanntlich hat der Kaiser den Reichskanzler bevollmächtigt, Frieden zu schließen, der wiederum den Herrn v. Kühlmann allein dazu entsendet hatte. Auch der Fortschrittler Dove fand diese Angelegenheit bedenklich, während der Nationalliberale Stresemann sie als eine belanglose Formalität ansieht.

Hatte David großes Gewicht darauf gelegt, daß die dringend notwendige Verständigung im Osten nicht durch ostelbische Methoden herbeigeführt werden könne, so erklärte sich auch Dove bestimmt gegen Annexionen, und sogar Stresemann will sie nur hinnehmen, wenn sie zur strategischen Grenzsicherung unerläßlich seien. — Immerhin eine Möglichkeit.

Den polnischen Protest wegen Cholm trug der Abg. Dr. Seyda temperamentvoll vor. Stresemann fand mit scharfen Antwortwendungen sogar auf der Tribüne Beifall und Händeklatschen.

Ledebour erklärte für die Unabhängigen, daß sie den Friedensvertrag ablehnen, weil er das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletze. Dann hielt der alte Polenfürst Radziwill noch eine Klagerede, und schließlich wurde der Friedensvertrag dem Hauptausschuß überwiesen.

Russische Gerüchte und Nachrichten.

Das Kopenhagener Blatt Politiken meldet aus Wasa: „Ein hartnäckiges Gerücht, das jedoch noch nicht bestätigt ist, besagt, daß die Bolschewikiregierung in Petersburg von den Sozialrevolutionären unter Tschernow gestürzt wurde. Lenin und Trotzki sollen nach Riga geflüchtet sein." — Da die Bolschewikiregierung gestern noch das Friedenstelegramm nach Berlin funken konnte, ist die obige Nachricht unglaubwürdig, wenn es auch in Bälde so kommen kann, wie in dem dänischen Gerücht geraunt wird.

Nach Meldungen aus Reval sind die baltischen Barone in Estland von den Sowjets der Arbeiter und Soldaten für außerhalb des Gesetzes erklärt und verhaftet worden. Nach einer Depesche machte der Volksbeauftragte für Justiz den Sowjet von Reval darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig sei, einen ganzen Stand ohne Prüfung der persönlichen Vergehen außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Die Lage auf Aaland hat sich in den letzten Tagen immer stärker entwickelt. Wie Stockholms Dagblad vom Marineminister erfährt, ist besonders durch die Ankunft von 500 weißen Gardisten eine wesentliche Aenderung eingetreten, da diese der Bevölkerung im Lande nicht sehr willkommen sind und an Stärke hinter den Russen zurückstehen. Auch sind, durch ihr Erscheinen angelockt, rote Gardisten eingetroffen. Es befinden sich also vier verschiedene Parteien auf der Insel: 1. russische Truppen, 2. Weiße Gardisten, 3. Rote Gardisten, 4. die Schweden, die gleichfalls durch Truppen verstärkt worden sind. Außerdem nimmt auch der Vertreter der bolschewikischen Regierung in Stockholm an den Verhandlungen teil. Die schwedische Mission steht in telegraphischer Verbindung mit der finnischen Gesandtschaft in Stockholm. Gleichfalls nach Stockholms Dagblad dauern die Feindseligkeiten zwischen Weißen Gardisten und russischen Soldaten fort, dabei ziehen erstere den kürzeren, da die Russen von den Befestigungen auf Aaland die ganze Insel beschießen können.

Aus Petersburg wird dem Korrespondenten der Telegraphen Union berichtet: „Der Hafen von Jalta (Krim) ist von russischen Matrosen gänzlich ausgeplündert worden. Die Matrosen drangen in die Stadt ein und plünderten einen Laden nach dem andern. Die Miliz wurde überwältigt. Gegen 100 Personen verloren dabei ihr Leben. Die Matrosen wurden von einem in der Nähe des Hafens stehenden Kreuzer unterstützt, von dem Granaten auf die Stadt abgefeuert wurden. Die geraubten Gegenstände wurden auf den Kreuzer gebracht. Das Schiff verließ den Hafen nach zwei Tagen."

Auf Veranlassung der Gegner der Volkskommissare in Odessa hat dort, laut Telunion, nachdem die Kunde von dem Abbruch der Friedensverhandlungen eingelaufen war, eine große Friedenskundgebung stattgefunden, an der sich die ganze Garnison und die Arbeiter mit Frauen und Kindern beteiligt hatten. Die herumziehende vieltausendköpfige Menge drohte der Petersburger Regierung und tobte bis spät in die Nacht. Verschiedene Volkskommissare wurden schwer mißhandelt. Matrosen, die sich den Demonstranten anschlossen, gaben das Zeichen zu Mord und Raub, so daß die Kundgebung mit der Ausplünderung mehrerer Läden endigte, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde und 17 Personen getötet wurden.

Kaledins Selbstmord bestätigt sich. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Kaledin tötete sich im Laufe einer Sitzung der Donregierung, die versuchte, die Angelegenheiten des Dongebietes zu ordnen. Nach langen Beratungen entschloß sich die Regierung, ihre Vollmachten zugunsten des Sowjets niederzulegen. Kaledin begab sich darauf in einen anderen Saal und schoß sich eine Kugel ins Herz. Zu seinem Nachfolger wurde General Wasarow ernannt, der den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung der kosakischen und nichtkosakischen Bevölkerung zum Kampfe gegen die Truppen der Sowjets erteilte.

Wie der Temps erfährt, hat sich angeblich eine rumänische Abordnung nach Petersburg begeben, um eine Verständigung mit der maximalistischen Regierung zu versuchen. Als Antwort erhielt Rumänien ein Ultimatum, das am 16. Februar abgelaufen ist. Die Maximalisten verlangten von Rumänien Beßarabien, freie Durchfahrt für die an der Moldau verbliebenen maximalistischen Truppen und die Auslieferung einer Anzahl Offiziere, namentlich des Generals Tscherbatschew.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 20. Februar. (Amtlich) Im westlichen Mittelmeer erzielten unsere U-Boote neue Erfolge gegen den italienischen Transportverkehr. 23 000 Brutto-Register-Tonnen feindlicher Handelsschiffsraum wurde von ihnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische Dampfer Harlaw mit Kohlen von Marseille nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer Newagter Abbey, 3114 Brutto Register Tonnen, Stuwton, 1406 Brutto-Register-Tonnen, Kelia, 4404 Brutto-Register Tonnen, der englische Dampfer Aboukir, 3650 Brutto Register-Tonnen, und der italienische Segler Volonta di Dio, dieser mit Kartoffeln nach Tunis; vier von den versenkten Dampfern wurden aus ein und demselben gesicherten Geleitzug, einer aus Zerstörerbedeckung, herausgeschossen. Von dem bewaffneten italienischen Dampfer Harlaw und dem englischen Dampfer Aboukir wurden die Kapitäne als Gefangene eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

„Notleidende Industrien."

Zu den Industrien, deren „Notlage" von den Interessenten fortwährend laut in die Welt hinausposaunt wird, gehörten die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es auch durchgesetzt, daß sie auf Kosten der Konsumenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltig in die Höhe schrauben durften. Wie es mit der Notlage in der Zündholzindustrie steht, beweist der Rechnungsabschluß der „Vereinigten Zündholz- und Wichsefabriken Union in Augsburg", einer der größten Betriebe auf diesem Gebiet in Deutschland. Die Gesellschaft verdiente 1917 nach Abzug der gesetzlichen Sonderrücklage zur Kriegsgewinnsteuer, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 849 648 M., und ist in der Lage, die Dividende von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Außerdem werden noch 468 338 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Eine ähnliche „notleidende" Industrie ist die Nähfadenfabrikation. Die Preise für Zwirn und Nähfäden sind ins Fabelhafte gestiegen, angeblich deshalb, weil die Produktionskosten außerordentlich hoch geworden sind. In Wirklichkeit kommen die Unternehmer nicht bloß auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erheblichen Extra-Kriegsgewinn buchen, wie aus dem Geschäftsabschluß für 1917 der Zwirnerei- und Nähfadenfabrik Göggingen bei Augsburg hervorgeht. Nach sehr reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen verzeichnet das Unternehmen einen Reingewinn von 747 490 M., wozu noch 1 085 569 M. Vortrag kommen. Wie im Vorjahre, werden auch heuer 30 Prozent Dividende ausgeschüttet, 1 233 080 M. gehen als Vortrag auf neue Rechnung.

Wie hieraus ersichtlich, kommen auch die „notleidenden" Industrien auf ihre Rechnung. Es wäre übrigens ein unvollständiges Bild wollten wir nicht erwähnen, daß in den beiden genannten Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit unter dem ortsüblichen Durchschnitt bleiben.

Deutsches Reich.

Ausbau des Hausarbeitsgesetzes.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Gemeinschaft mit anderen wirtschaftlichen Organisationen eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet, die den Ausbau des Hausarbeitsgesetzes fordert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Heimarbeit nach dem Kriege infolge des Zustroms von Kriegsbeschädigten eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. Das vom Reichstag 1911 beschlossene Hausarbeitsgesetz ist heute noch immer nicht in allen seinen Teilen durchgeführt. Verlangt wird insbesondere die Umwandlung der Fachausschüsse in Lohnämter. Um aber auch der drohenden Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu begegnen, muß eine planmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge, insbesondere der Heeresaufträge, unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeiter der betreffenden Gewerbezweige in die Wege geleitet werden. Hierbei sind die alten Sitze der Heimarbeit besonders zu berücksichtigen. Die Schaffung gemeinnütziger Nähstuben unter Vermeidung unnötiger Zersplitterung ist in die Wege zu leiten. Als unabweisbare Notwendigkeit wird es bezeichnet, die obligatorische Krankenversicherung der Heimarbeiter in vollem Umfange wieder einzuführen. Ebenso muß durch Ergänzungsverordnung, oder ganz allgemein durch Gesetz, die Invalidenversicherung der Heimarbeiter auf alle Hausgewerbetreibenden aus-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Klara Viebig.

Gertrud Hieselhahn hatte den Besuch nicht hinausbegleitet, ihre Füße waren wie angewurzelt. Sie stand, wo sie stand, gleichsam festgewachsen an die nackte Diele. Ihre Augen blickten wie geistesabwesend in die leere Luft. War die Frau, seine Mutter, verrückt, daß sie glaubte, er wäre das? Der Mann auf dem Bild, der Gefangene, der so zur Erde blickte? Der konnte auch nur eine denken, die den Gustav nicht so liebte, wie sie ihn geliebt hatte. Sie, die sein Gesicht — jeden Zug — seine Stirn, seine Nase, seinen Mund, seine Augen noch so genau in der Erinnerung hatte, als hätte sie ihn gestern zuletzt gesehen. Sie wußte ganz genau: das war er nicht. Ein anderer war es, von Statur und Haltung ihm vielleicht ein wenig ähnlich, aber ein ganz, ganz fremdes Gesicht. Denn wenn er auch schlecht gegen sie gehandelt hatte, wenn sie auch hundertmal an ihn gedacht hatte in diesem Groll, sie würde ihn doch erkennen, allüberall. Seine Mutter, die täuschte sich; sie aber würde ihn noch erkennen nach vielen, vielen Jahren, erkennen am Ende ihres Lebens, wenn sie schon alt war, eisgrau.

Gertrud Hieselhahn weinte, bittere, enttäuschte Tränen. Einen Augenblick hatte sie doch geglaubt, er sei noch am Leben, es hatte sie durchzuckt mit einem freudigen Schrecken, der sie schwach machte. Nun war's doppelt schwer. Nun fühlte sie erst, daß sie ihn noch immer lieb hatte — trotz allem. Sie nahm das Kind aus dem Wagen und küßte es heftig, ihre Tränen machten das kleine Köpfchen ganz naß. Sie sank mit ihm auf den nächsten Stuhl.

So fand Frau Dombrowski, die mit ihren zwei Kindern, die sich hinter dem Rücken der Mutter heimlich kneifften, von ihrem Stück Land kam. Sie war heiß und müde. Seit ihr Mann im Krieg war, mußte sie sich allein um den Acker kümmern; es war zwar nur ein kleines Stück, was sie besaßen, aber es machte doch Arbeit, zumal sie noch Wasch- und Reinemachstellen hatte.

„Na, Fräulein, is 's Essen fertig? Noch nich? Aber nu!" Sie war ungehalten, das Fräulein hatte heute doch mal dafür sorgen wollen. Nun waren die Kartoffeln wohl geschält, aber sie standen noch nicht auf dem Feuer. „Ich sage schon," fuhr sie los, „alles wird auch von unsereinem verlangt, und Sie sitzen da und —." Sie verstummte, als sie die Tränen der anderen sah. Es war etwas in der Haltung des Mädchens das so ganz zusammengesunken dasaß, das Kind an sich pressend, was sie mitleidig stimmte. „Na, was is Ihnen denn?" Gutmütig fing sie an zu trösten: „Gottchen, nu weinen Se doch nich. Noch immer wegen Ihren Liebsten? Fräuleinchen, sind Sie aber dumm! Sie kriegen noch zehne für einen. Da sagen Se immer, die Männer wären jetzt rar — ach was! Wenn se jetzt auf Urlaub kommen, sind se rein doll. Ich sage Ihnen, Fräulein, ich könnt' Ihnen erzählen. Wenn ich so wollte!" Sie lachte und reckte mit einem gewissen Wohlbehagen ihre üppige Gestalt.

Es war ein leises Befremden in dem Blick, mit dem Gertrud jetzt die Frau ansah: oh, die Dombrowski! Aber recht hatte sie, es hatte keinen Sinn, es war dumm, dem einen, dem einzigen nachzuweinen. Entschlossen richtete sie sich auf und wischte ihr Gesicht und das naßgeweinte Köpfchen des Kindes ab. Es war an ihrer Brust still geworden und eingeschlafen. Behutsam legte sie es in den Wagen und wehrte dann den Kindern, die wieder hinausgelaufen waren und jetzt draußen vorm Fenster mit der eisernen Schippe und dem Besen, wie mit Waffen aufeinander losschlugen. „Wollt ihr das wohl lassen! Um Gottes willen, ihr haut euch ja noch tot!"

Die Dombrowski lachte: „Aber lassen Se se doch, Fräuleinchen. Das schadet ja nischte." Sie nahm die Ungezogenheit ihrer Sprößlinge sehr ruhig.

Früher war der Vater dazwischengefahren, da war der Junge ganz ordentlich und das Mädchen auch lange nicht so unartig. Aber nun war der Vater im Krieg. Selbst die Lehrerin wurde des Knaben nicht mehr Meister, wenn sie ihn auch mindestens viermal die Woche nachsitzen ließ. Das Fräulein hatte sich schon ein paarmal die Mutter kommen lassen: „Ich bitte Sie, Frau Dombrowski, halten Sie doch darauf, daß Ihr Erich seine Aufgaben macht. Er tut rein nichts zu Hause. Und freche Antworten gibt er!" Es zuckte nervös im Gesicht der blassen, angestrengten Lehrerin. „Keiner ist so ungezogen wie Ihr Junge, er steckt mir die ganze Klasse an. Gott, ich sage, es ist wirklich nicht auszuhalten mit dem Bengel!"

„Aber Fräuleinchen!" Die Dombrowski blieb gelassen. „Regen Se sich man nich auf! Das is nu nich anders. Davor is Krieg. Was soll ich denn machen, wenn der Erich nu nich gut tun will? Ich gehe auf Arbeit, ich muß auf Arbeit gehen, von den paar lumpigen Kröten Kriegsunterstützung kann man doch nich existieren. Schlimm genug is es, daß man noch nich mal sagen darf, daß man was zuverdient — was die sich eigentlich denken! Das 's doch 'ne Ungerechtigkeit: Frauen, die arbeiten gehen, müssen sich fürchten, daß se de Unterstützung entzogen kriegen, andere sind stinkfaul und die — na, aber ich bin nu mal so, ich arbeite ganz gerne. Das is man nu mal so gewöhnt von Jugend an: Wochentags Arbeit und Sonntags — na Sonntags —!" Sie lachte; aber dann seufzte sie: „Ja, Sonntags, da hat man nu auch gar nischte." Ihre Augen, die wie schwarze Beeren in dem tiefgebräunten Gesicht funkelten, trübten sich.

Die Dombrowski war wirklich eine hübsche Frau, und sie hatte auch gar nicht so unrecht, es war schwer für Mütter, die auf Arbeit gingen, zugleich sorgsam auf ihre Kinder zu achten. Die Lehrerin lenkte ein. „Ja, ja. Aber das könnten Sie doch wenigstens, mir den Jungen morgens sauber in die Schule schicken. Ich muß ihn erst immer an die Pumpe führen."

„Na, denn dreckt er eben unterwegs wieder ein!" Die Dombrowski war nicht aus der Fassung zu bringen.

Es brachte sie auch heute nichts aus der Fassung, als jetzt ihre Beiden wieder heulend in die Stube hereingestürzt kamen. Erich hatte Minna mit der Schippe gegen die Nase gestoßen, daß ein Bächlein von Blut herunterfloß, und war dann doch selber von Entsetzen ergriffen, als er sah, was er angerichtet hatte. Sie schrien beide und schimpften zwischendem ihrem Heulen gegeneinander an. Gertrud war erschrocken zugesprungen und wusch dem Mädchen das Blut ab.

Frau Dombrowski sagte nur: „Erich, wart' mal, ich schreibe es Vatern. Der kommt und nimmt dich mit in'n Schützengraben. Da fressen dich die Ratten. Oder die schwarzen Franzosen kommen und holen dich; die fressen auch Kinder." Sie hatte ihren Spaß darüber, daß der Junge sie mit weit aufgerissenen Augen anstarrte.

„Frißt unser Vater auch Kinder?" fragte er langsam.

„Das nich," sagte die Mutter lachend. „Der is doch nich schwarz. Aber fuchtig kann er auch werden, wenn ihm was nich paßt." Es flog wie ein leiser Schatten über ihr lachendes Gesicht.

Sie mochte wohl daran denken, daß er sie einmal geschlagen hatte. Und nur wegen einer Kleinigkeit. Er war eines Sonntags abends mit ihr in einem Lokal gewesen, da hatten verschiedene Männer am Nebentisch gesessen und der eine von ihnen, ein hübscher Mensch, hatte Blicke mit ihr gewechselt. Das war alles. Aber ihr Stanislaus konnte so was nicht leiden. Eifersüchtig war der, oh je!

Minka Dombrowski blickte einen Augenblick nachdenklich: wie hatte er doch gesagt, als er von ihr fortmußte? Minka, ich sag dir, wenn du mir nich treu bleibst! Er hatte gezittert dabei, der arme Kerl. Minka, ich sag' dir, dann — Sie hatte ihn gar nicht ausreden lassen. Sie hatte ihm rasch die Hand vor die Augen gelegt, die anfingen, unruhig umher zu rollen, und war dann so zärtlich, so heiß gewesen, daß sie im besten Einvernehmen schieden.

Auf der Bahn beim Abschied hatte keine so sehr geweint wie Minka Dombrowski und keine so lange nachgewinkt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Dieselmotor.

Von H. Stobitzer.

Mitten in die Stürme dieses Weltkrieges hinein fällt das 25jährigen Jubiläum einer Maschine, die in diesem gewaltigen Völkerringen eine der allerbedeutsamsten Rollen spielt: Das Jubiläum des Dieselmotors, u. a. des Kraftspenders der Tauchboote. Dieser Anlaß legte es nahe, das Werden des Motors, seine wirtschaftliche Bedeutung und seine Besonderheiten, die ihn zu der Maschine unserer Unterwasserboote werden ließen, kurz zu betrachten.

Der Dieselmotor kam vor nunmehr etwa 20 Jahren auf den Markt, der fertige Gedanke, in diesem Fall gewiß ein Prometheusgedanke, lag aber schon zu Anfang des Jahres 1893, also vor nunmehr 25 Jahren, vor. Die Zwischenzeit wurde mit unablässigen Versuchen, um die Maschine gleich in möglichster Vollkommenheit herauskommen zu lassen, ausgefüllt. Diese Versuche sind, um das gleich hier zu bemerken, das unvergängliche Verdienst des Erfinders, der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und eines Schweizer Werkes, der Gebrüder Sulzer-Winterthur. Das genannte bayerische Werk sah sie damit gelohnt, daß es Ende 1897 den ersten betriebsfähigen Dieselmotor — eine jetzt im Deutschen Museum in München stehende vertikale stationäre Viertaktmaschine — vorführen und mit diesem einwandfrei die Ueberlegenheit des neuen Arbeitsprinzips dartun konnte. Dieses Arbeitsprinzip besteht, um es mit eigenen Worten des genialen Erfinders zu umschreiben, darin, daß es — nicht etwa eine verbesserte Konstruktion älterer Maschinensysteme, sondern ein durchweg neues Prinzip der „inneren Arbeitserzeugung im Zylinder selbst — die Wärme des natürlichen Brennstoffes unmittelbar im Zylinder selbst in Arbeit verwandelt, und zwar ohne Anwendung irgendwelcher Nebenapparate und ohne irgendeinen Vorbereitungs- oder Umformungsprozeß des Brennstoffes, sowie ohne irgendwelchen Kraftvermittler, wie z. B. Dampf". Ferner ist der Dieselmotor diejenige Maschine, „die die Wärme der Brennstoffe so weit ausgenutzt, wie es überhaupt nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft möglich erscheint". Das wird damit erreicht, daß der Dieselmotor die Luft allein (in reinem Zustande und ohne Beimischung von Brennstoffen) sehr hoch komprimiert und in diese hoch verdichtete und hoch erhitzte Luft den Brennstoff erst nachträglich einführt; und daß demgemäß Vergasen, künstliche Zündung und anderes wegfallen, ferner der Vergasungsprozeß nicht Vorläufer, sondern bereits Teil des Arbeitsprozesses ist. Was damit gewonnen wird, ist vornehmlich zweierlei: einmal, daß im Gegensatz zum Gasmotor, für den nur „leichte" Oele in Betracht kommen, fast jeder, auch der schwerste flüssige Brennstoff (rohe Erdöle, Teere, sogar Fischtran usw.) verwendbar ist; und weiter, daß der Brennstoff in allerweitestem Umfang Ausnutzung erfahren, bzw. auch mit bescheidenen Brennstoffvorräten größte Arbeitsleistung erzielt werden kann. So ist also der „DM", der die Alleinherrschaft der Kohle gebrochen und die Aufgabe der motorischen Verwendung flüssiger Brennstoffe in allgemeiner Form gelöst hat, unter allen Krafterzeugern die sparsamste Maschine; er ist gleichzeitig die einfachste Betriebsmaschine, und er hat darüber hinaus vollends Deutschland bei seinem Mangel an eigenen flüssigen, leichten Brennstoffen insofern unabhängig vom Auslande gemacht, als, wie gesagt, ja auch in genügendem Umfang vorhandene Steinkohlenteere usw. Verwendung finden können.

Die „DM" werden als Viertakt- und Zweitakt-, als ein- bis vierzylindrige Maschine in Stärken bis zu 2000 Pferdestärken gebaut, deren Materialverbrauch prozentual um so geringer wird, je höher sich die Arbeitsleistung steigert, in solchem Umfang, daß z. B. bei größeren Anlagen der Materialverbrauch 1½- bis 2-, bzw. 2- bis 3mal geringer ist als bei Gas- bzw. Dampfmaschinen. Kein Wunder also, daß sich die Neuerung bald alle Welt eroberte und daß, nachdem man ortsfesten Maschinen bald allerwärts — den größten wohl in der Hauptmaschinenanlage der Turiner Ausstellung 1911 — begegnen konnte, der „DM" auch als Schiffsmaschine entwickelt wurde. Interessant sind heute die Ausführungen, die der Erfinder des Motors im Jahre 1911 in den Technischen Monatsheften über die vorauszusehende Bedeutung des Motors in der Entwicklung des Schiffsbaues veröffentlichte. Da heißt es u. a.: „Der Dieselmotor wird voraussichtlich eine vollständige Umwälzung im Bau der Schiffe selbst hervorbringen, da der „DM" viel weniger Raum als die Dampfanlage beansprucht; ferner kann, da der Aktionsradius der Schiffe mit „DM" gegenüber Schiffen mit Dampfbetrieb beliebig vergrößert werden kann, ein Kriegsschiff mit „DM" sich auf dem ganzen Erdball unabhängig von Brennstoffstationen bewegen; ein Umstand, dessen Tragweite in bezug auf die Machtverhältnisse der Marinestaaten ohne weiteres zu erkennen ist."

Man sieht, „ohne weiteres" hat man allerwärts jene Tragweite nicht richtig erkannt; wohl aber erkannte man deutscherseits — zu unserem Heile — bald die unschätzbaren Vorteile, die sich gerade für die „DM"-Schiffsmaschine aus der Ersparnis an Raum, Gewicht und Personal, dem Fortfall der Kohlenräume und der Rauchentwicklung, der einfachen Heizung u. a. m. ergaben; und man wußte deutscherseits all diese Vorteile auch schneller zur Geltung zu bringen, als der Erfinder geglaubt; denn in dem schon angeführten Aufsatz aus seiner eigenen Feder gedenkt dieser für die Umwälzung mit einer Durchführungsdauer „nicht von Jahren, sondern von Jahrzehnten". Und dabei trieben die „DM" doch die U-Boote schon drei Jahre später durch alle Meere. Unerfüllt blieb dagegen — bis zur Stunde — ein anderer Gedanke des Erfinders, der die „DM"-Maschine auch für den Eisenbahnbetrieb eingeführt sehen wollte, um diesen als den „unwirtschaftlichsten und gleichzeitig größten unter allen Dampfkraftbetrieben" vom teueren Kohlenbetriebe unabhängig werden zu lassen; denn die von dem Erfinder nach dieser Richtung hin gemeinsam mit Oberbaurat Klose und der schon genannter Firma Gebr. Sulzer-Winterthur an einer 1000-Pferdestärken-Lokomotive unternommenen Versuche waren bei Kriegsbeginn noch nicht abgeschlossen und konnten in der Folge naturgemäß nicht mehr fortgesetzt werden. Das ist sicherlich zu bedauern, denn wäre die „DM"-Lokomotive heute schon, wenn auch nicht die Lokomotive der Neuzeit, so doch wenigstens in nennenswertem Umfange in Gebrauch, so hätten wir wohl nicht die Kohlenkalamität, unter der wir heute leiden.

Dem Erfinder des Motors, Dr. ing. Rudolf Diesel, ist das Los so vieler Pioniere beschieden gewesen. Von Geburt Münchner, lebte er — nach langjähriger Tätigkeit in großen Werken — von dem Zeitpunkt an, wo ihm sein genialer Gedanke greifbare Formen angenommen zu haben schien, ganz seiner Erfindung, um bei deren Ausführung und Einführung hier höchster Anerkennung, dort der Verkennung zu begegnen, bald den Erfolg, bald einen Fehlschlag zu erleben. Dank unbeugsamen Wollens und der felsenfesten Ueberzeugung vom Siege seines Gedankens und auch vermöge tatkräftiger Unterstützung, die seine Arbeit insbesondere von seiten der großen Werke fand, war es im allgemeinen aber doch ein Höhenweg, den Erfinder und Werk schreiten durften; fand der Dieselmotor allmählich doch in so ziemlich allen Kulturländern der Erde Eingang. Um so schmerzlicher berührte es darum, daß der Abgang Dieselsaus seinem arbeitsreichen Leben dennoch prunkbildlos war; nicht allzulange vor Kriegsausbruch fand er nämlich, noch in der Jahre Vollkraft stehend, auf einer Reise nach England in den Fluten des Ozeans unter nicht näher aufgeklärten, allen Anzeichen nach aber tragischen Umständen seinen Tod. Er durfte also nicht mehr Zeuge werden der hohen Bedeutung, die seine Erfindung gerade in der Kriegszeit erlangte, und er wird auch nicht mehr die gewaltigen Umwälzungen auf dem Gebiete der Bewegung erleben, die möglicherweise in immer wachsendem, vielleicht in unübersehbarem Umfang in weiterer Zukunft noch von ihr ausgehen werden.

Konzerte.

Alfred Otto, ein junger, als Liedersänger noch so gut wie unbekannter Künstler, erfang sich gestern in eigener Konzertveranstaltung schönen Erfolg. Ottos Bariton-Stimme von nicht allzu großem Umfange und heller Klangfarbe ist noch nicht in allen Lagen ganz ausgeglichen; die Höhe gibt sich zuweilen noch rauh und nicht mühelos, doch die gesunden wohlklingenden Töne der Mitte erklingen restlos und lassen eine künftige volle Beherrschung des schönen Organs vermuten. Ich hörte in fein ausgefeilter Wiedergabe Kompositionen von Grieg, Bertrand Roth und Kurt Striegler, die in ihrer stimmungsvollen und zugleich dankbaren Gestaltung starken Erfolg bei dem zahlreich erschienenen Publikum fanden. B.

Professor Walter Petzet führte gestern mit Wort und Ton durch den Entwicklungslauf der deutschen Sonate, damit eine höhere Einheit einer neuen künstlerisch geschulten Auffassung bei den Zuhörern schaffend. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese selten dastehende Darbietungsweise, die nur entstehen kann, wenn die Fähigkeit eines so hervorragenden Klaviermeisters voll technischer Ueberlegenheit, einfühlender Intelligenz und wärmster Musikseele mit einem musikkritischen Vermögen und gewandter stilistischer Ausdrucksweise sich vereinigt, auch einmal an einem großen Publikum aus Volkskreisen (etwa in der VVK oder VSA) erprobt würde. Von besonderem Eindruck war die stählerne Wiedergabe aus Bachs Italienischem Konzert, das fein ziselierte Spiel in einem Haydnschen Werk und die leidenschaftliche und doch plastisch gegliederte Auffassung des ersten Satzes von Beethovens Appassionata, die man gern bis zum Schluß mit Dank gehört hätte. eh.

Dresdner Kalender.

Theater am 22. Februar. Opernhaus: Der Zigeunerbaron (7). — Schauspielhaus: Gewitter (7). — Albert-Theater: Adam, Eva und die Schlange (7). — Residenz-Theater: Mein Kinderl (7½). — Zentral-Theater: Die Rose von Stambul (7½).

Die Opernschule Petrenz wird als nächste Veranstaltung im Albert-Theater am 7. März die Märchenoper Hänsel und Gretel von Humperdinck aufführen, wozu Karten an der Albert-Theaterkasse und bei F. Ries schon von heute an zu haben sind.

Residenz-Theater. Von der Operette Ein Walzertraum können nur noch zwei Abendvorstellungen stattfinden, und zwar kommenden Sonntag und Dienstag. Auch die Operette Mein Kinderl wird nur noch an diesem Freitag und am Montag und Donnerstag kommender Woche gegeben. — Freitag den 1. März gelangt die Operette Nachtfalter von Leopold Jacobson und Robert Gobanzky, Musik von Oskar Strauß, zur Erstaufführung.

Der Jugendschriftsteller Franz Robert Hannelen aus Berlin, bekannt in der Kinderwelt unter dem Namen „Onkel Franz", wird unter Mitwirkung seiner Tochter Lotte diesen Sonnabend und Sonntag im Konzerthaus unter Vorführung von 150 lustigen Lichtbildern aus eigenen Werken vorlesen. Karten zu 3,15, 2,10 und 1,05 M. (Kinder die Hälfte) nur im Residenzkaufhaus.

Theater zu billigen Preisen. Für die Vorstellungen vom Kriegsamt im Residenz-Theater am Sonntag früh 11 Uhr mit Walzertraum und am 28. Februar und 1. März im Zentral-Theater mit Die Rose von Stambul werden Karten morgen Freitag von 4 Uhr an gegen Vorlegung des Verbandsbuches im Gewerkschaftskartell abgegeben, desgleichen im Sekretariat Plauenscher Grund.

Kleine Mitteilungen.

Sergej Iwanowitsch Tanejew, einer der talentvollsten Vertreter der jungrussischen Komponistenschule, ist in Petersburg gestorben. 1856 geboren, war er ein Schüler von Rubinstein und Tschaikowsky und hat zahlreiche Opern sowie Werke für Orchester und Kammermusik geschrieben. Seit 1889 war er Direktor des Konservatoriums in Moskau.

Ein Denkmalswerk der Kunstschätze Deutschlands gedenkt der Verlag von Bruckmann in München bald nach Friedensschluß unter dem Titel „Deutsche Heimat — Deutsche Kunst" unter Leitung des Universitätsprofessors Knapp-Würzburg und unter Mitarbeit zahlreicher andrer Gelehrter herauszugeben. Ein Gau und Volkslandschaft nach dem andern soll gesondert dargestellt werden; man will dabei nicht nur Landschaft, Städtebild, Architektur, Plastik, sondern auch die Schätze in Kirchen und Museen heranziehen. Das Werk wird einen Umfang von etwa 20 Bänden mit je mindestens 250 Abbildungen, Tafeln usw. erlangen.

Die Tagung des Deutschen Bühnenvereins, die am 9. Februar nicht stattfinden konnte, ist nunmehr auf Sonnabend den 2. März angesetzt. Auf dem Programm der Beratung stehen Anträge der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, Anträge des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes auf Erhöhung der Bezüge und Anträge des Chorsängerverbandes.

Sportkartell.

Arbeiterturner. 5. Gruppe. Die allgemeine Gruppenturnstunde findet umständehalber am 27. Februar (Bußtag), nachmittags 1½ Uhr, in der Schulturnhalle in Mügeln statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

elgungen erdulden und manche Zeit hinter schwedischen Gardinen verbringen mußte.

So wurde Sindermann mehr und mehr auf leitende Parteistellen gestellt. Nicht nur bei uns in Dresden bewährte er sich als beredter Anwalt der Arbeiterinteressen, sondern weit darüber hinaus in ganz Sachsen und in der deutschen Gesamtpartei. Unermüdliche Parteiarbeit führte ihn durch alle sächsischen Bezirke, und es dürfte kaum einen Parteigenossen sonst geben, der überall im Lande, in der Lausitz wie im Erzgebirge und im Vogtlande, so gut bekannt und so wohlgelitten bei der Arbeiterschaft wäre als unser Jubilar. So kam es auch, daß die Parteigenossen des Wahlkreises Löbau-Ebersbach ihn im Jahre 1903 zum Kandidaten für den Reichstag erkoren und daß die Wähler dieses Kreises ihn dorthin entsandten. Als dieses Mandat im Jahre 1907 wieder verloren ging, entwickelte Sindermann bald eine überaus rege und erfolgreiche Tätigkeit im sächsischen Landtag, in den er vom 87. ländlichen Wahlkreise, Müllengrund, geschickt wurde. Seit zwanzig Jahren ist er Mitglied und Vorsitzender des sächsischen Landesvorstandes, in welcher Eigenschaft er die Parteigeschäfte Sachsens geführt hat.

Die Jahre des Krieges brachten für Karl Sindermann wie für uns alle schwere Prüfungen, herben Verlust in der Familie und den ihn tief treffenden Schmerz um die Verwirrungen in der Partei. Gerade auch in diesen harten Zeiten hat er aufopfernd weitergearbeitet, sowohl auf seinem Posten als Geschäftsführer unserer Zeitung, als auch im Dienste der Partei. So darf er, wenn er über die Schwelle des fünften Jahrzehnts tritt, des Dankes seiner Parteifreunde und weitester Kreise des arbeitenden Volkes gewiß sein für alles, was er bisher als tüchtiger Volksvertreter geleistet hat.

Mit dem Dank für die Vergangenheit vereinen sich unsere besten Wünsche für die Zukunft. Wir wünschen unserem Freunde, daß es ihm vergönnt sein möge, in voller Rüstigkeit und Schaffenskraft in unseren Reihen und an der Spitze der Arbeiterbewegung weiterhin zu marschieren!

Unzuverlässige Geschäftsleute.

Vor der Kriegskammer des hiesigen Landgerichts wurde gegen den Kaufmann Hermann Sommer in Leubnitz-Neuostra wegen unerlaubten Handels und Auskunftsverweigerung verhandelt. S. ist Inhaber einer Nährmittelfabrik und hatte im Mai—Juli 1917 Vanilienzucker und Rudergelatine angekauft und wieder in den Handel gebracht, trotzdem ihm der Handel mit Zucker nicht erlaubt war. Bei Aufnahme seiner Lagerbestände hatte er unrichtige Angaben gemacht, teils auch die Auskunft verweigert. Nach längerer Beweisaufnahme wurde er im Sinne der Anklage zu 1000 Mark Strafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eine weitere Verhandlung vor derselben Strafkammer richtete sich gegen den Kaufmann Alfred Gustav Wendelin Richter. Er war Inhaber eines Kommissionsgeschäfts. Der Handel mit Lebensmitteln war ihm untersagt. Ein Gesuch um die Erlaubnis, mit Lebensmitteln handeln zu dürfen, war am 24. Juni 1916 abgelehnt worden. Trotzdem handelte er verbotenermaßen weiter. Vom Schöffengericht Dresden wurde er darauf am 6. Februar 1917 zu 600 Mark Strafe oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vom Staatsanwalt wurde im Hinblick auf die Tatsache, daß der Angeklagte den Handel trotz der behördlichen Untersagung in großem Umfange betrieben hat, eine Freiheitsstrafe und daneben eine hohe Geldstrafe beantragt. Das Berufungsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte R. zu 8 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Strafe oder zu einem weiteren Jahr Gefängnis.

Zu den Verhaftungen der Geschäftsführer von „Ostsachsen". Die beiden Geschäftsführer der „Einkaufs-Gesellschaft Ostsachsen m. b. H." Jendrek und Zimmermann sind in Untersuchungshaft genommen worden, weil sich der Verdacht der Begünstigung von Lieferanten gegen sie erhoben hat. Die Einkaufsgesellschaft ist von den sächsischen Gemeindeverbänden zur Versorgung der Städte mit Lebensmitteln gegründet worden. Die beiden Leiter, die als frühere unbescholtene und tüchtige Handelsagenten sich für den Posten besonders eigneten, waren zugleich Leiter der Bezirksverwaltung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Die Untersuchung muß erweisen, ob tatsächlich einzelne Lieferanten von ihnen in strafbarer Weise bevorzugt worden sind. Die von der städtischen Aufsichtsbehörde vorgenommene Prüfung hat ergeben, daß die Bücher ordentlich geführt und die Kasse in Ordnung ist.

Volksborngesellschaft. Am Mittwoch abend fand im Bibliotheksaale des Neuen Rathauses ein Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Baron statt, der durch eine Reihe interessanter Lichtbilder erläutert wurde. Zunächst sprach der Vortragende über den Begriff: Infektionskrankheit. Dann ging er kurz auf die einzelnen Formen der Bakterien, ihre Lebensäußerungen und Wachstumsbedingungen ein und führte dann in leichtverständlicher Weise die Entstehung der ansteckenden Krankheiten (Ansteckungsquellen, Vererbung, Eintrittspforten) und die Schutzvorrichtungen des Körpers gegen Infektion aus. Darauf schilderte er die Bekämpfung der Seuchenkrankheiten und behandelte eingehend die Desinfektionsverfahren, um daran zu zeigen, daß eine übertriebene Furcht vor Bazillenverbreitung weder berechtigt noch zweckmäßig ist.

Erweiterung der städtischen Kinderanstalten. Infolge der großen Zunahme verwahrloster Kinder müssen die städtischen Kinderanstalten in Marienhof durch Hinzunahme des Hintergebäudes auf dem Schulgrundstück an der Döbelner Straße erweitert werden. Der Rat hat die erforderlichen Mittel hierzu bewilligt.

Einheitlicher Anstrich der Straßenbahnwagen. Die Teilung der Straßenbahnwagen in rote und gelbe soll aus technischen Gründen nach dem Kriege beseitigt und nach und nach einheitlicher gelber Anstrich eingeführt werden.

Dreifacher Straßenbahnfahrpreis nach den Pferderennen. Der Rat hat den Preis für die Fahrt auf den von und nach den Pferderennen verkehrenden Straßenbahn-Sonderwagen auf das Dreifache des gewöhnlichen Preises erhöht.

Das Verbot der Beheizung von Kegelbahnen besteht fort! Um Strafanzeigen zu vermeiden, erklärt das Kohlenamt nochmals, daß die Beheizung von Kegelbahnen nach wie vor verboten ist, und zwar gleichviel, um welchen Brennstoff es sich hierbei handelt. Die Beheizung der Kegelschübe mit Holz oder Torf ist daher genau so wenig statthaft, wie mit Kohle, Koks, Briketts, Anthrazit usw.

Lebensmittelverteilung. Die jeweilig vom Rate zu erlassenden Bekanntmachungen über Verteilung von Lebensmitteln enthalten die Bestimmung, daß die Abgabe der Ware an die Verbraucher durch die Kleinhändler nicht vor einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen darf, widrigenfalls sich der Kleinhändler strafbar macht. Wie uns das städtische Lebensmittelamt hierzu mitteilt, wird von den Kleinhändlern gegen diese in ihrem eigenen Interesse aufgenommene Bestimmung nicht selten verstoßen, so daß einzelne hiervon wegen dieses Vergehens bereits gerichtlich bestraft worden sind. Das städtische Lebensmittelamt macht auf diese Bestimmung erneut aufmerksam mit dem Hinweise, daß in Zukunft jeder zur Anzeige gebrachte Verstoß gegen diese Bestimmung an die Königliche Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung abgegeben werden wird. Die gewissenhafte Befolgung der mehrerwähnten Bestimmung liegt im eigensten Interesse jedes Kleinhändlers.

¼ Pfund Kunsthonig wird am 1. März auf Ausweis 152 der laufenden Lebensmittelkarte verteilt. Die Anmeldung hat am 21. oder 22. Februar zu erfolgen.

Viktoria-Theater. Die Aufführung von Der Triumph der Schönheit sowie das Auftreten der diesmonatlich engagierten Künstlerspezialitäten währt nur noch wenige Tage. Ende Februar Abschieds-Auftreten. Freitag den 1. März und folgende Tage gänzlich neuer Spielplan.

Vermischte Nachrichten. Die Hospitalstraße in Neustadt sollte nach einem Ratsbeschlusse aus Anlaß des 100. Geburtstags des Generalstaatsanwalts v. Schwarze den Namen Schwarzestraße erhalten. Mit Rücksicht auf die hiergegen erhobenen Vorstellungen hat der Rat nunmehr beschlossen, die Wahl einer an den Genannten erinnernden Bezeichnung für eine neue Straße oder einen neuen Platz in Aussicht zu nehmen und für die Hospitalstraße den alten Namen beizubehalten. — Infolge der anhaltenden Kälte geht die Elbe ziemlich stark mit Treibeis. Auch setzen sich wieder allerhalben an den Ufern der Elbe Eisbildungen an, die noch begünstigt werden durch den schnellen Rückgang des Wasserstandes. — Neuauflage von Kater Lampe. Ein fein geplantes Abendessen erlitt dieser Tage durch die Gendarmerie eine recht rücksichtslose Störung. Zwei Arbeiter hatten einen Enterich auf einem fremden Grundstück weggefangen. Sie nahmen ihn mit zu dem einen Arbeiter, wo sie ihn schlachteten und sodann einer Frau zur sofortigen Zubereitung übergaben. Als der Braten bereits recht angenehm duftete, erschien der Vertreter der Allgemeinen Gendarmerie und beschlagnahmte ihn. — Eine erfolgreiche Hamsterjagd ist in Budapest vorgenommen worden. Das Ergebnis war: 10 Fässer Fettgen, 1450 Kilogramm Schokolade, 7 Fässer Kakao, 80 000 Kilogramm Seife, 130 000 Kilogramm Soda, 100 Kisten Zichorie, 105 große Kisten und 54 750 Kartons Zündhölzchen, 50 Kisten Kerzen, 4200 Kilogramm Haselnüsse, 115 Fässer Essigsäure, 30 Kisten Likör, Sekt in Kisten im Gewicht von 945 Kilogramm, 37 Kisten Gurken, 48 große Paket Tee, 496 Kilogramm Himbeersaft usw. usw. usw.

Aus der Umgebung.

Bezirk Colditz. Kitzscher. Burgk. Kleinnaundorf. Nächsten Sonnabend, abends 8 Uhr, findet in der Reybockschänke eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, in der Versammlung zu erscheinen und für guten Besuch zu wirken.

Tälkschen. Freitag den 22. Februar, vormittags 9 bis 11 Uhr, Verkauf von Kohle in Pfeifers Gut. Von Donnerstag den 21. Februar an Ausgabe von Nährmitteln auf Abschnitt 2 der Nährmittelkarte in den Geschäften.

Sieglitz. In der Volks- und Kriegsküche Sieglitz werden erstmalig mit der nächsten Freitag, vorm. von 10 bis 12 Uhr, stattfindenden Speisemarkenausgabe auch Schwerarbeiterportionen (das 1½ fache einer Normalportion) verabreicht. Diese Portionen = 1 Liter werden mit 40 Pf. berechnet und nur gegen Abgabe des ersten Abschnittes der Nährmittelkarte und Vorlegung der vorgeschriebenen Arbeitgeberbescheinigung zugesprochen. — Donnerstag den 21. d. M. erfolgt in den einschlagenden Geschäften Belieferung des angemeldeten Abschnittes 11 der für die Zeit vom 20. Januar bis 16. Februar gültigen Nährmittelkarten. Geliefert werden Karte A mit ½ Pfund, Karten B, C und D dagegen mit je ¼ Pfund Teigwaren. Preis: 60 Pf. Die Ausgabe findet morgen statt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Abschnitt 1 der vom 16. Februar bis 15. März gültigen Nährmittelkarten spätestens bis zum 22. Februar anzumelden ist. Nachanmeldungen finden keine Berücksichtigung.

Coßebaude. In den Buttergeschäften Verkauf von ¼ Pfund Margarine für Butter gegen Abschnitt B der Landesfettkarte.

Deuben. Bezugsabschnitt Nr. 21 der Lebensmittelkarte kann bis längstens Sonnabend den 23. Februar zur Lieferung mit Kaffee-Ersatz und Puddingpulver angemeldet werden. Die Handlungen haben die vereinnahmten Abschnitte bis längstens Montag den 25. Februar, vormittags, im Rathaus, 2. Stockwerk, Zimmer 8, abzugeben.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Diebstahl und Hinterziehung der Zigarettensteuer.

Wegen obiger Delikte waren angeklagt der Tischler und Zigarettenarbeiter Karl Erwin Bär, Zigarettenfabrikant Jakob Kamal und dessen Tochter die Geschäftsgehilfin Rebekka Kamal. B. soll in den Jahren 1916 und 1917 in den Zigarettenfabriken Kios und Delta Tabak gestohlen haben, Zigaretten angefertigt und verkauft und sodann die Zigarettensteuer hinterzogen haben. Die beiden anderen Angeklagten haben an B. Zigarettenhülsen, Kartons und Banderolen in losem Zustand verkauft. B. ist in früheren Jahren mehrfach wegen Diebstahls bestraft. Auch die beiden Angeklagten K. Vater und Tochter sind wegen Vergehen und Uebertretungen der verschiedensten Bestimmungen des Zigarettensteuergesetzes schon mehrfach bestraft. Bei einer Haussuchung in der Wohnung B.s sind noch größere Bestände von Zigaretten und Tabak vorgefunden und beschlagnahmt worden. Der Angeklagte B. leugnet zunächst alles, gab aber später zu, daß er Zigaretten anfertigen ließ und auch selbst anfertigte. Dieselben will er alle ins Feld verschenkt haben. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß er aber in den letzten zwei Jahren einen schwunghaften Handel mit Zigaretten betrieben hat. Eine Zeugin bestätigte, daß sie allein mindestens 30 000 Zigaretten für Bär angefertigt und öfters bei K. Hülsen und Kartons geholt habe. Banderolen hat sie teils lose von Vater oder Tochter erhalten, teils gar keine mitgebracht. K. und Tochter haben weder die verkauften Hülsen, noch die Banderolen (Steuerstreifen) in das zu diesem Zwecke zu führende Buch eingetragen. Sie wollen von dieser Verpflichtung keine Kenntnis gehabt haben. Das Gericht verurteilte B. wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis und wegen Zigarettensteuerhinterziehung zu 979 80 M. Strafe. Wegen Ordnungswidrigkeiten in bezug auf das Zigarettensteuergesetz erhielt K. 50 M. und die Tochter 150 M. Strafe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen. — Druck und Verlag: Naben u. Komp., Dresden.

Telefon Joseph 14380 [A 14] Linien 5 u. 7
Tonlichtspiele Cymians Görlitzer Str. 6 — Halia Anfang 8 Uhr — Theater Sonnt. 2 Vorstell.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind. Hälfte! Donnerst. Damenkaffee!
Vorzugskarten wochentags u. Sonntags nachm. gültig.

Gelernte
Dreher und Fräser
für sofort gesucht.
The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Dornblüthstraße 43. [S 248

Werkzeugschlosser, Dreher
Horizontalbohrer [S 246
in dauernde Beschäftigung sucht
Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Tüchtige
Dreher u. Schlosser
sofort gesucht.
„Universelle"
Zigarettenmaschinen-Fabrik J. C. Müller & Co.
Dresden-A. 28, Tharandter Str. 17. [S 19

Tüchtiger Maschinenarbeiter
besonders für Fräsmaschine, sofort gesucht. [B 268
Rud. Bagler & Co., Tischlereibetrieb, Türrstr. 104

Automateneinsteller
werden angenommen
Oskar Hautze, Radebeul
Schrauben- und Kassette-Fabrik [S 84

Tüchtiger Schleifer
eventuell stundenweise
gesucht.
Glaser & Sohn
Bautzner Str. 5. [B 265

Presser
für Friktionspressen
gesucht.
Glaser & Sohn
Bautzner Str. 5 [B 264

Junger Mann, der Lust hat
Heizer u. Maschinist
zu werden, wird angelernt.
Pianofortefabrik [S 84
Hoffmann & Kühne
Hofmühlenstraße.

Arbeiter und Arbeiterinnen
gesucht [S 22
Dr. Ferd. Schoof
Färberei und Bleicherei
Kleinzschachwitz b. Dresden

Lehrling
der Lust hat, Instrumentenmacher zu werden, für Ostern gesucht.
Pianofortefabrik
Hoffmann & Kühne
Hofmühlenstraße.

Hausarbeiter
für Zigarettenkistenmaschinen sucht Zigarettenfabrik Oskar Gabriel, Dürerstraße 19. [S 22

Sanitärer
Bedarf für Kranken- und Wochenpflege. [S 15
Frau Heusinger
Am See 37.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Dresden.
Am 19. Februar starb unser Mitglied, der
Hilfsarbeiter Louis Köhler
aus Gorbitz im Alter von 61 Jahren. [S 479
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend den 23. Febr., nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof zu Gorbitz.
Um zahlreiches Geleit bittet Der Vorstand.

Dank, heißen Dank allen
die uns beim Heimgange unseres so früh von uns geschiedenen teuren Entschlafenen, des [B 270
Landsturmmannes Reinhold Lempe
durch Wort und Schrift, den überreichen, herrlichen Blumenschmuck und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme bewiesen haben.
Niedergorbitz, Oberpoyritzwitz, Dr.-Naußlitz, Omsewitz, und im Felde, den 20. Februar 1918.
In tiefer Trauer:
Marie Lempe geb. Naben und Heinz nebst Eltern, Schwiegereltern, Geschwistern und Angehörigen.

Wer übernimmt kleinen Umzug v. Haydnstr. nach Marschallstr. am 1. März? Off. unt. K. 100 erb. a. Exp. Dresd. Volksztg.

Pelzboa und Jacke
zu verkaufen
Scheffelstraße 14, I. [B 326

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, herzensguten, unvergeßlichen Tochter und Schwester
Ella Gertrud Schumann
sagen wir allen Verwandten, Nachbarn, Hausbewohnern sowie der Gesamtjugend von Kaitz, Herrn Rittergutsbesitzer Brendel, der Zigarettenfabrik Yenidze, Filialen Döhlen und Gutzkowstraße, dem Arbeitspersonal der Firma Jasmatzi den innigsten Dank für die schönen Blumen- und reichen Geldspenden sowie Herrn Pastor Fischer für die wohltuenden, trostreichen Worte am Grabe. Dank auch allen, die uns während der schweren Krankheit unserer lieben Dahingegangenen hilfreich zur Seite standen. [W 87
Kaitz, am 19. Februar 1918.
Die schwergeprüften trauernden Eltern u. Geschwister

Für die vielen Beweise ehrender und wohltuender Teilnahme sowie für den herrlichen Blumenschmuck beim Heimgange unserer lieben Tochter, Schwester und Braut
Martha Richter
sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank! Besonderen Dank ihren lieben Turngenossen und -genossinnen der Freien Turnerschaft Dresden, ihren lieben Arbeitskolleginnen der Firma Clemens Müller sowie den Hausgenossen und Mitbewohnern unserer Häusergruppe für die ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte.
Dresden-A., Eisenberger Straße 16, II.
den 21. Februar 1918. [W 270
In tiefstem Schmerze: Familie Adolf Richter, Familie Max Bernhard.

Reich einheitlich vertreten sei und nicht einzelne Bundesstaaten besonders. (Zustimmung.) Dr. David wollte wohl ursprünglich eine andere Rede halten. Er war ganz befangen in der Kritik der deutschen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht widerspricht der sozialistischen Idee von gewaltsamen Wirtschaftseinheiten. Die Bolschewiki nennen es eine bürgerliche und antirevolutionäre Erfindung, und erklären, es müsse nötigenfalls durch Waffengewalt gebrochen werden. Ein Maximalistenblatt erklärte, Finnland gehöre aus militärstrategischen Gründen zu Rußland — also aus jenen Gründen, die man bei uns immer gleich als „Alldeutsche" bezeichnet. Trotzkis Auftreten war Friedensobstruktion, er spielte immerzu auf das Echo revolutionärer Bewegungen aus Berlin, Wien und Budapest. Frieden mit Rußland kann nur geschlossen werden unter folgenden Bedingungen: Räumung Estlands, Livlands und Finnlands, sofortige Freilassung aller von den Bolschewiki verhafteten Balten und Finnen und Anerkennung der Ukraine. Vorher dürfen wir unsere militärischen Maßnahmen nicht einstellen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Worte, die der „Vorwärts" den deutschen Unterhändlern nach Brest-Litowsk mit auf den Weg gab, sie stünden dafür, daß sie mit dem Friedensschluß zurückkämen, so stärkte er ihre Haltung ebenso wie die heutige Rede Dr. Davids unserer Stellung gegenüber Trotzki erstärkt hat. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es ist ganz unberechtigt, wenn von den Freunden einer Verständigung mit einem großen starken Rußland der deutschen Regierung ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie gerade zur rechten Zeit die Ukraine ausgespielt und dadurch erst Trotzkis heutiges Angebot hervorgerufen hat; wir haben doch nicht mehr das große gewaltige Rußland von einst. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn die Polen von einer vierten Teilung sprechen, so ist das übertrieben. In Oesterreich wäre

ein Minister gesteinigt

worden, der die Friedensmöglichkeit mit einem 50-Millionen-Volk hätte scheitern lassen, daß das Gouvernement Cholm bei Polen bleiben müsse. Was hat man denn polnischerseits getan, um sich ein Anrecht auf die deutsche Sympathie zu sichern? (Stürmische Zustimmung.) Der österreichische Polenklub verlangt die Loslösung deutscher Gebiete — ich habe keinen parlamentarischen Ausdruck dafür. (Erneute Zustimmung.) Jetzt heißt es, daß die polnischen Deputierten mit den Maximalisten unterhandeln; so weit geht unsere Geduld nicht, daß, wenn die Polen keine Armee für Deutschland gehabt haben, sie nun eine gegen uns aufstellen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Wir haben kein völkische Interesse an einer Vermehrung polnischen Landes in Deutschland; sollte das als strategische Grenzsicherung notwendig sein, so nehmen wir es hin, aber nicht, um Land zu gewinnen. Den Ukrainevertrag hat man bei uns auffallenderweise bedeutend kühler beurteilt als in Oesterreich. Man hat uns sogar das Recht bestritten, mit einem Staat wie der Ukraine, der doch keine rechten Grenzen hat, überhaupt einen Vertrag zu schließen. Von diesen Theorien des Herrn Lebebour wird das deutsche Volk nicht satt, da ist uns das Getreide aus der Ukraine lieber. (Heiterkeit.) Rußland kann ohne die Ukraine nicht leben; daher ist auch seine jetzige Friedensbereitschaft angesichts der Gefahr der Abschnürung von Rußland durch unseren Vormarsch zu erklären. Die Abschlachtung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Provinzen dürfen wir als Volk von Ehre nicht ruhig zulassen. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen müssen wir uns bewußt bleiben, daß der Friede nur herbeigeführt wird durch das Schwert. So werden wir hoffentlich auch im Westen, wenn uns die Feinde zu der letzten großen Kraftanstrengung zwingen, durch den deutschen Sieg zu dem Frieden der Welt gelangen. (Lebhaftes Bravo! im Hause und Händeklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Graf Westarp (k.):

Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag. Die Ausführungen des Abg. Scheidemann enthielten ungeheure Uebertreibungen. Das ganze Vorgehen der Polen beweist einen großen Mangel an politischer Reife. (Sehr richtig rechts. Unruhe bei den Polen.) Ohne die Abtrennung des Cholmer Gebiets wird der Frieden mit der Ukraine nicht zu haben. Daher ist es mir unverständlich, warum gerade die Sozialdemokraten die am entschiedensten den Frieden verlangten, jetzt so die polnischen Wünsche vertreten. Lebhaft zu begrüßen ist das Wiederinkrafttreten der militärischen Aktionen im Osten, als sie notwendig waren. (Bravo rechts.) Die Darstellung des Abg. David, als ob wir Gott auf den Knien danken müssen, wenn eine Friedensaussicht sich bietet, muß ich als unerhörte, gehässige Beleidigung zurückweisen. (Bravo rechts, große Unruhe bei den Soz. Zurufe: Sie haben am 12. Dezember 1916; „Skandal" gerufen!) Wir wollen genau wie Sie den Frieden. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie das Gegenteil behaupten, reden Sie gegen besseres Wissen. (Erneute Unruhe bei den Soz. Zuruf: Schamloser Geselle. Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Uns trennen lediglich Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, die zum Frieden führen. Die jetzt mit dem Untergang bedrohte deutsche Kultur in den baltischen Provinzen zu retten, ist für uns eine Pflicht der deutschen Ehre und der Menschlichkeit. Wir erwarten, daß von den Russen

die völlige Räumung auch von Estland und Livland

erklärt wird. Redner erörtert weiter die polnische Frage. Wir können jetzt nicht mehr darauf rechnen, daß jenseits der deutschen Ostgrenze ein Polenreich entsteht, das mit uns in wirklicher Freundschaft verbunden ist. Daher dürfen für unsere Stellung zu der polnischen Frage nur noch maßgebend sein die militärischen Sicherungen. In dieser Frage ist für uns das Urteil der Obersten Heeresleitung unbedingt maßgebend. (Bravo! rechts.) Kein Frieden wird im deutschen Volke Verständnis finden, der nicht wenigstens moralisch auch die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff trägt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Halem (D. Fr.) begrüßt den Ukrainevertrag und wendet sich insbesondere gegen die polnischen Ansprüche.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Die definitive Stellungnahme zu dem neuen russischen Friedensangebot müssen wir uns vorbehalten, bis die Bedingungen bekannt sind, unter denen der Friede geschlossen wird. Eine Vergewaltigung der Russen, wie sie sich auch maskieren sollte, müßten wir bekämpfen. Jedenfalls ist die deutsche Regierung jetzt auf die Probe gestellt, ob sie ehrlich den Frieden will. Sie muß sofort den weiteren Einmarsch der deutschen Truppen in Rußland einstellen. (Oho! rechts.) Die Bestrebungen aus den Randländern für Angliederung an Deutschland kommen nicht von den Völkern. (Zuruf rechts: Ist uns egal!) Sie erblicken darin nur den Vorwand für Eroberungszüge. Herr Scheidemann sprach sich ja auch für Annexionen aus, die von der Obersten Heeresleitung gefordert würden, von den beiden

Halbgöttern Hindenburg und Ludendorff.

(Rüge des Vizepräsidenten Paasche. — Zuruf äußerst links: Götzenbilder. — Neue Rüge des Vizepräsidenten.) Für uns ist dieser Friedensvertrag völlig unannehmbar, denn er verletzt das Selbstbestimmungsrecht. Die Haltung in der Cholmer Frage ist wieder einmal eine der Ungeschicklichkeiten der deutschen Diplomatie, die sich so oft in diesem Kriege als ungangbar erwiesen hat. Um etwas Getreide aus der Ukraine zu erhalten, hält man 20 Millionen Polen vor den Kopf. Ich habe innerlich die Hände gerungen (Heiterkeit), als ich gestern hörte, daß wirklich Erwägungen über eine Annexion polnischen Gebietes aus strategischen Rücksichten bestehen. Wir erwarten, daß der Reichstag einmütig eine solche Annexion ablehnt. Erst wenn das Proletariat seine Macht in die Wagschale wirft, wird ein wirklicher Verständigungsfriede möglich. Dann wird ein in allen Ländern ausbrechender Massenstreik die Gewaltmenschen auf die Knie zwingen, der Welt den Frieden bringen und schließlich zum endgültigen Siege des Proletariats führen. (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.)

Staatssekretär v. Kühlmann gibt Aufklärung darüber, weshalb General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung den Friedensvertrag mitunterzeichnet hat.

Der Ukraine-Vertrag wird darauf dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Staatssekretär des Innern Wallraf empfiehlt die Gesetze zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung der Geburten im Interesse einer gesunden Zukunft unseres Volkes. — Abg. von Calker (natl.) beantragt, die beiden Gesetzentwürfe dem Sonderausschuß für Bevölkerungspolitik zu überweisen. Das Haus stimmt dem Antrage zu. — Die Anträge dieses Ausschusses „Mutter und Kind" werden angenommen. — Freitag 1 Uhr: Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dittmann, zweite und dritte Lesung des Ukraine-Vertrages. — Schluß 7 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Entlohnung der Staatsarbeiter und unteren Beamten gab den sozialdemokratischen Vertretern in der Finanzdeputation A Anlaß zu Beschwerden. In Gegenwart von Regierungsvertretern wurde vor allem die Zurücksetzung mancher Eisenbahngehilfen gegenüber dem weiblichen Personal bemängelt und darauf verwiesen, daß die Regierung nicht wie der Finanzminister am 11. Februar erklärte, den Endgehalt der Rottenführer und Bahnwärter usw. gleichfalls um 200 Mark erhöht, sondern in seiner alten Höhe von 1500 M. belassen habe, auch die unterschiedliche Behandlung der Betriebshandwerker im Lohne und in der Arbeitszeit wurden gerügt und dafür eine einheitliche Norm gefordert. An Stelle der ungewissen Fahr-, Stunden- und Nachtgelder wurden feste Tagegelder und Ueberstundenentschädigungen gewünscht. — Ueber die Kranken- und Arbeiterpensions- und Unterstützungskassen wurde ein Nachweis über deren gegenwärtige Gestaltung und finanzielle Leistungsfähigkeit verlangt. — Bemängelt wurde ferner die ungenügende Bereitstellung von Arbeitskleidung usw. an das Rangier-, Strecken- und Werkstättenpersonal. Auch auf die krasse Verschiedenartigkeit der Entlohnung der Bahnunterhaltungsarbeiter und deren unterschiedliche Behandlung in der Zuweisung der Teuerungszulagen wurde hingewiesen und Remedur verlangt. Eine eingehende Erörterung fanden die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbahnwerkstätten und die Frage des unhaltbar gewordenen Stückpreisentlohnungssystems, das den Arbeiter direkt zum Betruge am Staate zwingt, wenn er einen Lohn verdienen will, mit dem er überhaupt existieren will. Das ganze veraltete System des Produktionsprozesses in den Eisenbahnwerkstätten wurde aufgerollt und im Interesse der Arbeiterschaft, des Staates und seiner Steuerzahler schleunigste Abhilfe gefordert. Die Deputation konnte sich der Berechtigung dieses mehr als begreiflichen Wunsches nicht verschließen und beschloß, vor der kommissarischen Beratung zunächst eine Besichtigung der Werkstätten in Dresden-Friedrichstadt vorzunehmen.

Dienstentlassung wegen Verkehrs mit Kriegsgefangenen.

Die bei der städtischen Arbeitsanstalt in Leipzig beschäftigte Aufseherin B. hatte sich am 20. September 1916 im Desinfektionsraum der Anstalt heimlich mit einem französischen Kriegsgefangenen getroffen und diesem Aepfel zugesteckt. Sie wurde auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Kriegsgefangenen zu einer Geldstrafe verurteilt, daneben machte der Stadtrat ihr gegenüber wegen gröblicher Verletzung der Dienstpflichten vom Recht der Dienstaufkündigung für den 31. Mai 1917 Gebrauch. Auf Bitten der B., die ihre Unschuld beteuerte und auf ihre 17jährige Dienstzeit hinwies, wurde sie noch bis Ende Juni 1917 in städtischen Diensten behalten, dagegen lehnte der Rat die Gewährung von Ruhegehalt ab. Die Aufforderung der Kreishauptmannschaft, die Aufkündigung zurückzunehmen und die B. in einer anderen Stelle zu beschäftigen, lehnte der Stadtrat ebenfalls ab, indem er erklärte, daß auf Grund des früheren Verhaltens der Aufseherin Milde nicht am Platze sei. Als dann die Kreishauptmannschaft entschied, daß die Kündigung eine zu harte Maßregel sei, und dem Stadtrate aufgegeben wurde, der Kündigung keine weitere Folge zu geben, erhob der Stadtrat beim Oberverwaltungsgericht in Dresden Anfechtungsklage mit dem Antrage, es bei der Dienstaufkündigung bewenden zu lassen. Neben formellen Gründen wurde in sachlicher Hinsicht geltend gemacht, daß von einer mißbräuchlichen Ausübung des Kündigungsrechts keine Rede sein könne, wenngleich die B. dadurch hart getroffen werde. Entgegen der von letzterer vertretenen Auffassung, daß es sich schlimmstenfalls um eine Taktlosigkeit, nicht aber um eine Mißachtung der Beamtenpflichten handle, vertrat der Stadtrat den Standpunkt, daß es sich um eine sehr erhebliche Verfehlung handle. Das Oberverwaltungsgericht hat trotz der Härte der Maßnahme zugunsten des Stadtrats entschieden, indem es die angefochtene Entscheidung aufhob und feststellte, daß es bei dem Kündigungsbeschluß des Stadtrats sein Bewenden hat.

Einen Sieg hat der Leipziger Stadtrat errungen; die Humanität und das soziale Empfinden sind dabei aber sehr schlecht weggekommen.

Chemnitz. In einem Briefe an die Amtshauptmannschaft Flöha hatte sich der Dachdecker Gustav Freyer in Zschopau darüber beschwert, daß seine Frau vom Stadtrat zu Zschopau keine Zusatzbrotkarte erhalten hatte. Dabei hatte er einfließen lassen, daß „diese Leute, die ganze Umgegend nach Butter und Milch stürmen". Nach den Umständen konnte damit nur der Zschopauer Bürgermeister gemeint sein. Wegen Beleidigung desselben wurde Freyer vom Chemnitzer Landgericht zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Wahrscheinlich in einem Anfall von Schwermut stürzte sich in Stützengrün eine junge Frau aus einem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk befindlichen Wohnung, blieb jedoch unverletzt. Daraufhin lief sie zum Dorfteiche. Da dieser zugefroren war, stampfte sie die Eisdecke auf und sprang dann ins Wasser. Die Frau ertrank, bevor ihr Hilfe werden konnte. Der Leichnam der Beklagenswerten wurde geborgen. — Verunglückt ist auf einem Steinkohlenwerk in Oelsnitz i. V. der Lampenreviser Franz Hennig dadurch, daß er bei Berührung eines Stromschalters einen elektrischen Schlag erlitt. Er war auf der Stelle tot.

Stadt-Chronik.

Städtische Ernährungsfragen.

Fett und Margarine anstatt Butter.

In der gestrigen Pressevertreterbesprechung im städtischen Lebensmittelamte wurde Klage darüber geführt, daß nach der vor einigen Wochen erfolgten Fett- und Margarine-Verteilung amtlich erklärt wurde, diese hätte als Butterverteilung zu gelten gehabt. Das Publikum sei darüber wenig erfreut gewesen. Hierzu wurde erklärt, daß an Butter nur 62½ Gramm zur Verteilung gelangen, während in dem genannten Falle 40 Gramm Fett, das von ausgezeichneter Beschaffenheit gewesen sei, und 40 Gramm Margarine verteilt worden wären. Die Bevölkerung sei also besser gefahren, denn Schweinefett habe 100 Prozent, Butter aber nur 80 Prozent Fettgehalt. Uebrigens wird möglicherweise in der nächsten Zeit noch einmal Fett bzw. Margarine für Butter verteilt werden müssen.

Ueber den augenblicklichen Stand der Gemüseversorgung

wurde mitgeteilt, daß Anfang Januar auf der Schlachthofinsel etwa 60 000 Zentner Kraut, Möhren, Kohlrüben und Zwiebeln eingelagert waren. Davon ist inzwischen das Kraut gänzlich ausgegeben worden. Weil es sich nicht gut hielt, mußte es rascher geräumt werden, als anfänglich beabsichtigt war. Sowohl an Möhren, wie an Zwiebeln bleibt eine kleine Menge übrig, die den Berufskreisen, die ohne Zwiebeln nicht arbeiten können, zugewiesen werden sollen. Ein ausgelesener Teil der Zwiebeln wird als Steckzwiebeln an die Gärtner abgegeben, so daß bald mit einem gewissen Ertrage zu rechnen sein dürfte. Die Kohlrüben werden jetzt im regulären Handel ausgegeben. Vielfach ist darüber geklagt worden, daß beim Verkauf von Möhren außergewöhnlich viel Abfälle, besonders anhaftende Erde (in einem Falle bei 15 Pfund Möhren über 4 Pfund Erde!) mit abgegeben wurde. Man erklärte dies damit, daß das Herausnehmen der Möhren aus den Mieten zum Teil an regenreichen Tagen erfolgen mußte. Immerhin verdient das Gebaren der Kleinhändler die schärfste Verurteilung, denn neben dem Verdienst von 5 Pfennig für das Pfund für die Versorgung der Möhren, ist ihnen eine gleich hohe Vergütung für die Säuberung und Sortierung eingeräumt worden, außerdem sind ihnen 2 Prozent Uebergewicht zugestanden worden, damit eben die anhaftende Erdmasse nicht als Möhren verkauft werden sollte. An Kohlrüben sind noch circa 100 000 Zentner von auswärts zu erwarten. Bei der augenblicklichen Kartoffelknappheit wird die Bevölkerung also wieder reichlich Kohlrübenkost genießen können.

Die Eindeckung für das nächste Wirtschaftsjahr

sah erst recht gut aus, indessen haben die Verhältnisse inzwischen ein weniger erfreuliches Gesicht angenommen. Mit dem Verlangen, daß die Großverbraucher (Industrieunternehmungen und dergl.) von dem Verteilungsplan ausgeschlossen werden, ist man bei einer Sitzung der Beteiligten in Düsseldorf nicht durchgedrungen. Ganz besonders machen sich aber die Schwierigkeiten bei der Samen- und Düngerbeschaffung geltend. Der Dünger, der schon voriges Jahr recht teuer geworden war, ist dieses Jahr noch um 500 bis 600 Prozent teurer. Die Stadt Dresden hat 1¼ Zentner Samen für mehr als 40 000 M. gekauft. Wegen der Unsicherheit der Bahnbeförderung, insbesondere wegen der Gefahr der Beraubung, läßt man den Samen in einzelnen Postpaketen, die stark über den Wert versichert werden, nach hier kommen. (!) Weiter kommt ein geradezu unheimliches Wettrennen der Gemeinden in Betracht, die sich gegenseitig den Rang abzulaufen suchen.

Das Ergebnis der Kartoffelrevisionen

liegt nunmehr abgeschlossen vor. Die Prüfung erstreckte sich auf rund 65 000 Haushaltungen. Das Durchschnittsergebnis ist ein Ueberverbrauch von 15 Prozent. Wo die Kartoffelrevisionen wegen Abwesenheit des Wohnungsinhabers nicht vorgenommen werden konnten, werden sie noch nachgeholt werden. Zur Frage der

Belieferung des Abschnittes C der Landeskartoffelkarte

wurde bemerkt, daß die Leute schon jetzt sich vielfach aufs Land begeben, aber nichts erreichen können, weil die Amtshauptmannschaften ein Ausfuhrverbot erlassen haben. Die Belieferung dürfe erst vom 10. März an erfolgen. Das Publikum müsse also seinen Versuch nach diesem Zeitpunkte wiederholen. Möglicherweise erfährt der Kartoffelpreis noch eine weitere Erhöhung, da dem Landwirt für Schmund- und Lagerung noch eine Extravergütung bewilligt werden solle. Der Kartoffelpreis bezifferte sich bekanntlich jetzt im Kleinverkauf auf 9,50 M. für den Zentner, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er auf 10,75 M. steigt!! Das sind recht nette Aussichten für den Verbraucher.

Das Tortenunwesen in den Konditoreien

wurde ebenfalls zur Sprache gebracht und der Wunsch ausgedrückt, die für dieses Gebäck verwendeten Zutaten (Fett und Zucker) lieber der Allgemeinheit zugänglich zu machen, zumal es sich hierbei nur um Naschereien gewisser Kreise handele und die Verschwendungssucht gefördert werde. Es wurde aber erklärt, daß die Herstellung von Torten nicht verboten werden könne (!), auch sei mit Einführung von Kuchenmarken nichts zu erreichen, weil sie von den Kreisen, die mit Rücksicht auf ihr geringes Einkommen auf den Tortengenuß verzichten müßten, nur als Vereelberei aufgefaßt werden würden, während die Bessersituierten dann eben mehrere Konditoreien besuchen würden. Mehl würde vom Kommunalverband den Konditoreien nicht zugewiesen, Zucker und Fette nur noch den für diese Gewerbebetriebe geltenden Bestimmungen. Die in Betracht kommenden Mengen seien auch verhältnismäßig nicht erheblich. Auf die in den Konditoreien geforderten Wucherpreise für Torten soll das Kriegswucheramt aufmerksam gemacht werden.

Ein Jubilar.

Am morgigen Tage vollendet unser Freund Karl Sindermann das 50. Lebensjahr. Wir wissen, daß wir im Namen weitester Kreise unserer Parteigenossen und der Arbeiterschaft sprechen, wenn wir ihm zu diesem Tage auch an dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche darbringen.

Karl Sindermann ist ein echtes Kind unserer Dresdner Arbeiterbewegung. Aus Schlesien gebürtig, war er als Schriftsetzer nach Dresden gekommen, und am Setzkasten ist er in das Parteileben hineingewachsen. Als schlichter Parteisoldat hat er begonnen. Aber bald erwies er sich als ein hervorragend fähiger Organisator und Redner für die Partei. Er erwarb sich schnell das Vertrauen der Parteigenossen. Andrerseits wurde er für die politischen Gegner ein scharfer Widersacher. Dabei blieb es nicht aus, daß er oft behördliche Ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

186 Sitzung. Mittwoch, 20. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Payer, v. Kühlmann.

In der Diplomatenloge die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der Ukrainischen Regierung.

Der Frieden mit der Ukraine.

Staatssekretär v. Kühlmann:

Der Frieden mit der Ukraine ist der erste Friedensschluß in diesem gewaltigsten aller Kriege. Als die ukrainischen Abgeordneten in Brest-Litowsk klar erkannt hatten, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik trieb, haben sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten hergestellt. Die Verhandlungen mit ihnen waren nicht sehr leicht, denn es wurden unerfüllbare territoriale Forderungen gestellt. Wir haben uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat

bei den Polen lebhafte Kritik

erfahren. Wenn aber an dieser Frage der Friedensschluß gescheitert wäre, würde die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten der Unterhändler auf das schärfste mißbilligt haben. Die Grenzziehung im einzelnen haben wir der Regelung durch eine Kommission vorbehalten, in der auch Polen vertreten sein wird. Dort können die ethnographischen Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Der Streit um die Chelmer Grenze bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersetzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen polnischen Zukunftsproblems werden. Dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein. Nächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung bei Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraine über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt. Sowohl für uns wie in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie bildet der Austausch der in der Ukraine vorhandenen Ueberschüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Oesterreich vorhandene Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. (Reichskanzler Graf Hertling erscheint im Saal.) Der Abschluß dieses Vertrages braucht den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung durchaus nicht zu gefährden. Ja, er war vielleicht überhaupt das einzige Mittel, Herrn Trotzki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensvertrages zu bewegen. Mittlerweile sind neue Vorgänge eingetreten, welche für die Beziehungen mit Groß-Rußland, soweit es durch das bolschewistische Kabinett vertreten ist, von erheblichem Einfluß sein werden. Auf das erneute Vorgehen der deutschen Heere hat gestern das Volkskommissariat in Petersburg

einen Funkspruch an die deutsche Regierung

gerichtet, in welchem es nach einem einleitenden Passus über den Waffenstillstandsvertrag heißt:

> „Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt waren. (Lebhaftes Hört! Hört! — Bewegung.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten genauen Bedingungen unverzüglich gegeben werden wird."

Diese durch Funkspruch ergangene Mitteilung stellt nach den früheren hier Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben, kein für uns absolut verbindliches Dokument dar. Wir haben der Petersburger Regierung mitgeteilt, wir hätten um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linie und haben eine Zusage erhalten. Damit haben wir den Frieden mit Rußland durchaus noch nicht in der Tasche. (Hört! Hört! und Sehr richtig!)

Ich würde einen solchen Eindruck hauptsächlich deswegen beklagen, weil ich der ehrlichen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte. Die Aussichten auf Abschluß eines Friedens mit der Regierung der Volkskommissare sind durch Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns jetzt ausgeübten militärischen Druck und durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat (Sehr richtig), erheblich besser geworden. (Beifall.) Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Friedensabschlusses mit Rußland wollen wir uns erst hingeben, wenn die Tinte unter den Dokumenten sitzt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Gröber (Z):

Wir danken der Regierung für diesen ersten Friedensvertrag. Hoffentlich folgen ihm bald andere Verträge mit Groß-Rußland und auch noch anderen Gegnern. Der Friede mit der Ukraine ist die Durchbrechung des eisernen Ringes, der bisher Deutschland und seine Verbündeten umschlossen hielt. Zunächst eine kurze Bemerkung zu der Form des Vertrages. In unserer Drucksache ist zu Beginn als Vertreter für die kaiserl. deutsche Regierung nur Herr v. Kühlmann genannt. Bei der Unterzeichnung tritt aber

als Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung

Generalmajor Hoffmann hinzu. (Hört! hört!) Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Heeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Die Bezirke mit überwiegend polnischer Bevölkerung hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Bezirke mit überwiegender ukrainischer Bevölkerung zur Ukraine gehören sollten. Es ist ein Fehler, daß man nicht gleich polnische Vertreter angezogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundsatz das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Funkspruch, den uns Herr v. Kühlmann mitgeteilt hat, stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hoch erfreuliche Meldung, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Meldung, die die zusammengesunkenen Hoffnungen auf Frieden mit Groß-Rußland wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meinte doch, die Friedensaussichten wären dadurch erheblich besser geworden. Unsere Pflicht muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite sehen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Hört! Hört! und lautes Lachen rechts.) Es ist gut, wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen

nicht wieder dieselben Fehler

begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist so hoch und wertvoll, daß, wenn es nicht erreicht wird, wir nicht in dem Gefühl daliegen dürfen, als hätten wir nicht unsere volle Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durchführen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten. Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten unnötig gemacht werden. In der alldeutschen konservativen Presse hat man die Schuld am Scheitern der Verhandlungen darin gefunden, daß Trotzki und die russische Delegation ernstlich gar keinen Frieden, sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.) Wie unrichtig das ist, brauchen wir der Funkspruch. (Lautes Gelächter rechts.) Ich werde den Beweis dafür antreten. Sie sind der Meinung, daß das militärische Vorgehen der alleinige und durchschlagende Grund ist, die Bolschewiki zum Frieden zu drängen; glaubt also, daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig rechts. — Zuruf: Die Revolution wollten sie!) Das ist unrichtig. (Lachen rechts.) Ich muß dem entgegentreten, um zu verhindern, daß man nicht von neuem sich in diese ganz falsche Auffassung verrennt und daher dem Frieden Schwierigkeiten bereitet, die nicht notwendig wären. Was ist die Politik der Bolschewisten gewesen? (Zuruf rechts: Mord und Totschlag!) Es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Hervorrufung einer internationalen Revolution ausging. (Hört! hört! rechts.) Es ist aber auch bekannt, daß die Bolschewisten in der ganzen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen verzweifelten Minderheit geblieben sind und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders scharf angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren, auf diese Taktik einzugehen, die wir für verkehrt und aussichtslos hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Bolschewisten etwa in Schutz zu nehmen. Es sind nicht unsere Leute, sie haben uns im Gegenteil stets auf das schärfste und rücksichtslosteste angegriffen. Wir billigen auch nicht ihr praktisch politisches Verfahren, ihre Methoden der Verwaltung, den Terror, ihre Auseinandertreibung der Konstituante, aber es kommt darauf an, die Tatsachen richtig zu sehen, denn nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut werden. Welches sind diese Tatsachen? Welches ist der praktische Wesenskern der Politik der Maximalisten in Petersburg? Darauf kommt es an. Die Bolschewisten sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die

das Programm des sofortigen Friedens,

wenn nicht mit, dann gegen die Entente aufgestellt haben, und die einzige Partei, die das praktische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten aufzustellen wagten. Mit diesem Programm des sofortigen Friedens haben sie die Massen in Rußland hinter sich gebracht. Mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution hätten die Bolschewisten in Rußland keinen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt. Die Gegner der Bolschewisten in Rußland haben sie zunächst ausgelacht; ihr wollt einen demokratischen Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als dann die Bolschewisten ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam von Oesterreich und Deutschland die Antwort: Jawohl, wir akzeptieren dies Programm als diskutable Grundlage des Friedens. Diese Nachricht wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Staunen, und auf der anderen Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Ein englischer Berichterstatter schrieb damals: Wir sind aufs höchste überrascht durch dies Entgegenkommen, das ist ein ungeheurer Erfolg der Bolschewisten. Und als dann am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die weitergehenden Erklärungen vom Grafen Czernin abgegeben wurden, steigerte sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Bolschewisten luden das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und Friedensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Bolschewisten den Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Frieden in greifbare Nähe rückte? Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember bekannt wurden, gab es

eine ungeheure Enttäuschung und Wut

bei den Bolschewisten und großes Frohlocken bei ihren Gegnern. (Hätten Sie (nach rechts) recht mit Ihrer Auffassung, daß die Bolschewisten nicht den Frieden, sondern die Verschleppung der Verhandlungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die Bolschewisten am 25. Dezember trauern und am 28. frohlocken müssen. Die Erklärungen vom 28. Dezember in Brest-Litowsk lieferten der Politik derer Wasser auf die Mühlen, die die internationale Revolution haben wollten. Das beweist auch die Stellungnahme der Gegner der Bolschewisten in Petersburg. Also die Bolschewisten wollten einen sofortigen Frieden, aber natürlich einen demokratischen Frieden. Das gab ihnen die Rückendeckung für alles, was der Friede Rußland eventuell an Verlust von Land bringen konnte. Nun begreifen Sie, wie der 28. Dezember auf die Situation in Brest-Litowsk wirken mußte. Die Bolschewisten mußten alles daran setzen, einen Frieden zu bekommen, bei dem sie das demokratische Gesicht wahren konnten. Daher ihr zäher Kampf. Sie hatten zwei Möglichkeiten: entweder einen Notfrieden zu schlucken, weil sie nicht weiter kämpfen konnten, oder auf den Ausbruch der revolutionären Bewegung bei den Mittelmächten zu rechnen. Dieser letzte Gedanke trat natürlich wieder neu in den Vordergrund, nachdem der Friedensgedanke geschwunden war. Soweit Radek seinen Einfluß ausüben konnte, haben auch wohl Verschleppungstendenzen mit hineingespielt. Aber es ist ganz falsch, von da aus die Politik der Bolschewisten verstehen zu wollen. Trotzki hat offenbar bis zuletzt an dem Gedanken des Sonderfriedens festgehalten und hat sicher auch seine Schlußerklärung als eine Friedenserklärung gemeint. Unsere deutsche Delegation in Brest-Litowsk scheint ja anfangs auch die Erklärung der Russen in dem Sinne aufgefaßt zu haben, daß damit der Krieg im Osten beendet sei. So wurde die Nachricht hier und auch aufgefaßt, Fahnen wurden herausgehängt, Schulfeiern veranstaltet, in verschiedenen Städten die Glocken geläutet. Dann kam aber in Deutschland offenbar unter militärischem Einfluß eine andere Anschauung auf. Man wollte die Situation militärisch möglichst ausnutzen. Die konservative alldeutsche Presse hat darüber gejubelt. Ihr Standpunkt, der Waffenstillstand sei erledigt und brauche nicht gekündigt zu werden, ist anfangs auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bekämpft worden. Auch hier hat ein Wandel ein. Ich halte die anfängliche Auffassung für richtig. Der Waffenstillstand konnte sein Ende finden entweder durch den Frieden oder durch die vorgesehene siebentägige Kündigung. So hat auch die russische Regierung dies aufgefaßt, wie der Funkspruch beweist, in dessen Eingang es heißt, daß die russische Regierung nicht annehmen konnte, daß die militärischen Feindseligkeiten sofort eröffnet werden würden, sondern der Meinung war, der Waffenstillstand bestehe noch und damit sei die Möglichkeit für weitere Verhandlungen gegeben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist offenbar auch die Auffassung der österreichischen Regierung. Wir waren also in einer ganz verwickelten Situation, und es ist zu begrüßen, daß durch die erneute Friedensbereitschaft Rußlands nun der Weg geöffnet wird, die Sache zum Guten zu führen. Freilich müssen gewisse Fehler auf unserer Seite vermieden werden. Wir dürfen ruhig annehmen, die russische Regierung will ehrlich den baldigen Frieden und wenn wir das auch wollen, so muß er zustande kommen. Geschieht es nicht, so wird man fragen:

Wen trifft die Verantwortung?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere erste Pflicht ist, wie gesagt, den Frieden herbeizuführen. Die Alldeutschen jubeln stets, wenn eine Friedensmöglichkeit zerschellt. Ihre Presse schrieb, man müsse es Gott auf den Knien danken, daß die Engländer unser Friedensangebot seinerzeit abgelehnt hätten. Also diese Leute danken Gott auf den Knien, daß das Massenmorden weiter geht. (Unruhe rechts, Zurufe: Unerhörte Entstellung!) Eine Presse, die so arbeitet, ist geradezu gemeingefährlich. (Lebh. Zustimmung links.) Wir sind es den Müttern in den Schützengräben und den Frauen zu Hause schuldig, den Frieden sobald wie möglich herbeizuführen. Nach der neuen Bereitschaftserklärung der russischen Regierung sollten die neueingeleiteten militärischen Operationen zurückgenommen werden. Jedenfalls darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob man in Groß-Rußland hineinmarschieren und dort etwa einen Regierungswechsel herbeiführen wolle. Das scheint man nämlich zu beabsichtigen. (Hört, hört! bei den Soz.) Schreibt doch die „Tägl. Rundschau", wir werden jetzt Rußland zu einer Regierung verhelfen, die den Frieden bringt. (Hört, hört!)

Was die Vorgänge in Finnland, Estland und Livland anlangt, so handelt es sich vor allem in Finnland nicht um nationale Gegensätze, sondern um die soziale Revolution innerhalb Finnlands. Es ist eine falsche Vorstellung, als ob eine Invasion von Rußland nach Finnland die Revolution gebracht hätte. Aehnlich liegen die Dinge in Estland und Livland. In der Ukraine dagegen sieht offenbar die große Mehrheit des Volkes hinter den gemäßigten Sozialisten. Aus all diesen Gründen wird es für uns notwendig sein, unsere Sicherungen auf das Aeußerste zu beschränken und vor allem

jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse zu vermeiden.

In der Ukraine müssen wir uns auf Sicherungen für den Abtransport des Getreides beschränken. In der Kritik des Vertrages mit der Ukraine schließe ich mich den Bemerkungen des Abg. Gröber über das Chelmer Gebiet vollkommen an. Die ganze deutsch-polnische Verständigungspolitik scheint zusammenzubrechen. Das muß verhütet werden. Nach einer Notiz der „Deutschen Tageszeitung" scheint es, als ob die Oberste Heeresleitung hinter den annexionistischen Plänen der Alldeutschen in bezug auf Polen steht. Hier liegt die Quelle der Zwiespältigkeit unserer ganzen Ostpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wesen der Militärpolitik ist eingestellt auf Gewalt; bei ihren Mitteln und Zielen befindet sie sich in schroffem Gegensatz zu jeder Politik der Verständigung. Sie kümmert sich nicht darum, was die Betroffenen über ihre Maßnahmen denken. Nach dem Grundsatz „Teile und Herrsche" bringt sie einen gegen den andern auf; dazu ist im Osten natürlich die beste Gelegenheit. Man scheint einen neuen Balkan im großen dort schaffen zu wollen. Im Gegensatz dazu wünschen wir geregelte Verhältnisse im Osten, mit denen sich jeder Teil zufrieden geben kann. Dann können natürlich nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann die Ostfragen

nicht mit östlichen Mitteln und Methoden

lösen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist eine neue Zeit und sind neue Verhältnisse gekommen, die nur durch demokratische Politik gemeistert werden können; nicht durch einseitige Gewaltanwendung in einem „so will ichs, so befehl ichs", sondern durch Inbetrachtziehung aller Interessen können auf dem Wege vernünftigen Ausgleichs Zustände geschaffen werden, bei denen alle Beteiligten sich dauernd zufrieden geben. Nur so ist das große Kriegsziel im Osten zu erreichen: eine dauernde Befriedigung dieser gewaltigen Gebiete und Völkermassen, eine dauernde politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Mittel- und Osteuropa. Damit würde auch die Position geschaffen, die uns jede Sicherheit nach Westen gewährt für den Fall, daß England den Krieg fortsetzt oder nach dem Krieg in feindseliger Haltung gegen uns verharrte. Dieses Kriegsziel ist das einzige, das im deutschen Interesse liegt und überragt weit alle Eingriffe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Seyda (Pole):

Gerade vom Zentrum hätte ich nicht erwartet, daß es diesem Friedensvertrag zustimmen wird, der den Grundsatz „keine Annexionen" auf das schwerste verletzt und eine vierte Teilung Polens darstellt. Die Zensur gestattet freilich nicht mitzuteilen, daß in Krakau und Lemberg bereits Blut geflossen ist wegen dieses Friedensvertrages. Der Redner verliest nun das von der Zensur unterdrückte

Manifest des polnischen Regentschaftsrats

an das Volk, worin gesagt wird, daß die Versprechungen der Zentralmächte sich als leere Worte erwiesen hätten und die neue Teilung als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt wird. Der Redner bespricht eingehend die Cholmfrage und behauptet, daß dieses Gebiet nach Recht, Gerechtigkeit und Bevölkerung zu Polen gehöre. Die Okkupationsbehörden haben dort eine systematische ukrainische Propaganda durch galizische Ukrainer geduldet, man versprach den Leuten sogar Aufteilung des Herrenlandes, wenn sie sich als Ukrainer bekennen würden. (Pfui! bei den Polen.) Wir bitten Sie, diesem Friedensvertrag nicht zuzustimmen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Was denken Sie denn von uns? — Beifall bei den Polen.)

Abg. Dove (Vp.):

Diesem Wunsch werden wir nicht Folge leisten, denn wir sind uns bewußt, hier in der deutschen Volksvertretung zu sein. (Beifall.) Den bolschewistischen Funkspruch betrachten wir nicht so optimistisch wie Dr. David, denn wir wissen nicht, welche Macht hinter Trotzki und Radek steht. Aber hoffen wir das Beste und freuen wir uns, wenn aus der Verwüstung einzelne Inseln auftauchen, aus denen künftig Staatsgebilde werden können. Die Polen sollten nicht vergessen, daß die Zentralmächte erst den Grund zu ihrer Staatlichkeit gelegt haben. Für uns muß das Interesse des deutschen Nationalstaates maßgebend sein, wir können

keine weitere fremdnationale Belastung

brauchen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir legen entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß etwa unter dem militärischen Gesichtspunkt solche Annexionen erfolgen. Die Leitung der Verhandlungen darf nur bei dem uns verantwortlichen Reichskanzler liegen und nach dieser Richtung muß uns die Unterschrift der Obersten Heeresleitung unter dem Ukrainerfrieden sehr vorsichtig machen. Wir begreifen nicht, daß die Westmächte in die dargebotene Hand nicht eingeschlagen haben, aber wir sehen auch in den Völkern des Westens die Friedensströmungen wachsen und erhoffen davon ein baldiges Ende des furchtbaren Krieges zum Gedeihen des gesamten Seins aller Völker. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Wir danken Herrn v. Kühlmann für seine erfolgreiche Arbeit. Die Unterzeichnung durch General Hoffmann bedarf zwar noch der Aufklärung, aber die Formfrage ist von geringer Bedeutung, zumal der Inhalt allgemein gebilligt wird. Bei künftigen Friedensverhandlungen aber wünschen wir, daß das Deutsche

...ehrt werden. Diese Forderung ist durchaus nicht neu, sie ist schon in ...en Jahren immer wieder aufgestellt worden, bisher aber ...nnte sie in Erfüllung gegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Versicherung gegen die Folgen der Invalidität und des Alters für die Hausgewerbetreibenden mindestens ebenso wichtig ist wie für die industriellen Arbeiter, ja daß sie für die erste Gruppe noch weit notwendiger sein dürfte wie für die andere. Die sich entgegenstehenden Schwierigkeiten müssen zu überwinden sein, und es ist zu hoffen, sich bei gutem Willen zweifellos auch die richtigen Wege finden lassen, um diese gewiß berechtigte Forderung der Hausgewerbetreibenden erfüllen zu können.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Aufruf des Polenklubs.

Wien, 20. Februar. Der **Aufruf des Polenklubs an das polnische Volk** ist nunmehr **von der Zensur freigegeben** worden. Es heißt darin, daß die deutsch-ukrainische Freundschaft bezweckt, eine **Kluft von Haß** zwischen dem polnischen und ukrainischen Volke auszuheben und das **polnische Volk zu einem Hörigen des deutschen Handels** zu machen. Das Cholmer Land soll in einer Brücke gemacht werden für die deutsche Armee in ihrem Vormarsch nach dem Osten Europas, an das Schwarze Meer und an den Kaukasus. Der Polenklub erhebt im Namen der Polen feierlichst feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und nimmt den Kampf auf, um ihn zu beseitigen.

•

Die Demission der polnischen Minister abgelehnt.

Wien, 20. Februar. Die Wiener Zeitung veröffentlicht Königliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, den Unterrichtsminister Zilinski und den Minister Twardowski, wonach der Kaiser gemäß dem Antrage des Ministerpräsidenten dem Ansuchen des Unterrichtsministers Zilinski und des Ministers Twardowski um Entlassung vom Amte keine Folge gibt und die beiden Minister seines fortdauernden Vertrauens versichert.

Großbritannien.

Die Konferenz der Ententesozialisten.

London, 20. Februar. (Reuter.) Die interalliierte sozialistische Konferenz wurde heute eröffnet. Die Verhandlungen der Konferenz werden bei geschlossenen Türen stattfinden.

Die Angst der englischen Regierung vor der Friedensbewegung.

Daily Mail meldet: Das britische Ministerium hat dem Reichsrat außerordentliche Vollmachten erteilt zur Unterdrückung jeder Einmischung in der englischen Presse und der Veröffentlichung von Berichten über friedensfreundliche Versammlungen und Demonstrationen.

Amerika.

Eine neue Rede Wilsons.

Der New York Herald meldet, daß Präsident Wilson im Kongreß in der kommenden Woche von neuem über die Friedensbedingungen Amerikas und seine Stellung zur Versailler Konferenz reden wird.

Die Arbeiter und der Krieg.

London, 19. Februar. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der Ausführende Rat des amerikanischen Arbeiterverbandes veröffentlichte am Schluß einer siebentägigen Sitzung eine Erklärung, in dem er unter anderem sagte, Wilsons Feststellung der Kriegsziele sei von den englischen organisierten Arbeitern rückhaltlos angenommen worden und sei in völliger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, die durch die Uebereinkunft der amerikanischen Arbeiterverbände in Buffalo angenommen worden seien. Die Arbeiter leisteten ihren Teil für die Republik zu tun, um den Krieg zu gewinnen. Der Krieg sei ein Krieg der Arbeiter und müsse durch sie gewonnen werden. Die amerikanischen Arbeiter bedauerten, daß die Umstände es ihnen unmöglich machten, in dauernder persönlicher Fühlung mit den Arbeitern der alliierten Länder zu sein, und daß sie bei der kommenden Arbeiterkonferenz nicht vertreten seien.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

8. Sitzung, Mittwoch, 20. Februar, mittags 12 Uhr.

Die Kammer verabschiedet zunächst in Schlußberatung in Übereinstimmung mit der Ersten Kammer den Gesetzentwurf über die außerordentliche **Hinausschiebung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen** und nimmt dann den Gesetzentwurf auf Aenderung der Revidierten Städteordnung und der Landgemeindeordnung in allgemeine Vorberatung. Es handelt sich dabei um die

Verleihung des passiven Wahlrechts an die Gemeindebeamten.

Minister des Innern Graf **Vitzthum** begründet kurz die Vorlage. Die Regierung hätte gern auch die weitergehenden Wünsche der Gemeindebeamten erfüllt, soweit sie auf Abänderung des Zivilprozeßrechts und Einführung der Unkündbarkeit gerichtet seien, befinde sich dies aber für ruhigere Zeiten vor.

Abg. **Zimmermann** (natl.) begrüßt die Vorlage. Die Neuerung werde für die Gemeinden ein großer Vorteil sein.

Abg. **Vär** (Fortschr. Vp.) erinnert daran, daß seine politischen Freunde schon vor zehn Jahren in der Form von selbständigen Anträgen das passive Wahlrecht für die Gemeindebeamten gefordert hätten, und fordert, daß im Gesetzentwurf auch die Hinzuziehung der Frauen zu den gemischten Ausschüssen ausgesprochen wird.

Abg. **Seger** (Unabh. Soz.) verweist besonders auf die Paragraphen 44a und 65 der Landgemeindeordnung, die von den Mandaten der Gemeindevertreter handeln. Sie bedürfen einer äußerst dringlichen Aenderung. Nach diesen Bestimmungen erfolge die **Ausschließung der Gemeindevertreter, wenn sie zu Freiheitsstrafen verurteilt werden.** Diese Bestimmung, die sich namentlich gegen politische Opponenten richte, müsse **unbedingt geändert** werden. Er stelle deshalb den Antrag, die Paragraphen 44a und 65 dahin abzuändern, daß **Ortsverordnete und Gemeindevertreter ihres Mandats nicht verlustig gehen**, wenn sie zu Freiheitsstrafen, insbesondere wegen politischer Vergehen, verurteilt werden.

Abg. **Kleinhempel** (natl.) meint, es werde schwer halten, in der Deputation den Antrag Seger, der von großer Tragweite sei, den Entwurf einzugliedern.

Abg. **Schönfeld** (kons.) hat das Vertrauen zu den Beamten, daß sie ihr Wahlrecht zum Segen der Gemeinden ausüben werden.

Abg. **Nitzsche** (Soz.)

führt, daß es wichtigere Wahlbeschränkungen in der Revidierten Städte- und Landgemeindeordnung gebe, als die, die jetzt durch die Vorlage beseitigt werden sollen. Er weise insbesondere auf die **schwere Benachteiligung der Minderbemittelten**, namentlich in den Landgemeinden, hin so auf das **Klassenwahlrecht** und auf die **weitgehende Bevorzugung der besitzenden Klassen**. Diese Zustände haben uns veranlaßt, Anträge auf deren Abänderung zu stellen. Immerhin haben wir keine Veranlassung, uns gegen die Vorlage zu wenden, da es ja den Wählern überlassen bleiben soll, ob sie mit der Wahrnehmung ihrer Interessen in der Gemeindevertretung einen Gemeindebeamten betrauen wollen. Er glaube nicht, daß in vielen Fällen von dieser Befugnis Gebrauch machen werden. Die Bestimmung, daß es den Wählern überlassen bleibt, Gemeindebeamte zu Gemeindevertretern zu wählen, veranlaßt uns, der Vorlage zuzustimmen. Immerhin bleibe das Bedenken bestehen, daß in Landgemeinden infolge des Klassenwahlrechts von einer kleineren Gruppe Wähler ein Beamter in die Gemeindevertretung geschickt werde, obwohl dies nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung liege. Die Wünsche auf eine Aenderung des Gemeindewahlrechts haben wir in einem Antrage niedergelegt, der von uns schon vor einigen Jahren eingebracht, bisher aber noch nicht erledigt worden ist. Hoffentlich kommen er noch rechtzeitig im Verfassungsausschuß zur Beratung. Wir sind auch schon früher belehrt gewesen, die Bestimmungen zu beseitigen, die auch durch den Antrag Seger aufgehoben werden sollen. Eine kleine Besserung der Verhältnisse sei schon infolge der sozialdemokratischen Anregung 1910 erreicht worden. Wenn wir es auch für besser und zweckmäßig gerhalten, die Frage bei Beratung des Gemeindewahlrechtsantrags im Verfassungsausschuß mit zu erledigen, so haben wir doch keinen Anlaß, uns gegen den Antrag Seger zu wenden. Wir werden mit aller Kraft für ihn eintreten. (Beifall bei den Soz.)

Die Vorlage wird hierauf mit dem Antrage Seger zur Weiterberatung an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen.

Den letzten Beratungsgegenstand bildet der

Entwurf eines Sparkassengesetzes.

Abg. **Wittig** (kons.): Die Sparkassen seien dank ihres gesunden Aufbaues allen Anforderungen gerecht geworden und hätten sich besonders in der Kriegszeit glänzend bewährt. Die Sparkassen geben allen Schichten der Bevölkerung Gelegenheit, ihre Gelder sicher anzulegen. Die Einschränkungen hinsichtlich der Höhe des Einlegerguthabens müßten aufgehoben oder mindestens gemildert werden, da sie ein Hindernis für die Entwicklung der Sparkassen bildeten. Auf Einzelheiten werde bei der Deputationsberatung eingegangen sein.

Ministerialdirektor Dr. Roscher verweist auf die scharfsinnige Begründung der Vorlage, in der die Einwände gegen eine allgemeine Regelung des Sparkassenwesens widerlegt worden seien.

Abg. Günther (Fortschr. Vp.): Daß eine wesentliche Einengung der Aufgaben der Sparkassen beabsichtigt sei, gehe aus einzelnen Vorschriften hervor. Wenn bestimmt werde, daß der Reingewinn zur Hälfte der Sicherheitsrücklage zuzuführen ist, auch wenn diese bereits auf 5 Prozent des Einlegerguthabens gebracht sei, so sei das eine **Ueberregiererei** gegenüber den Sparkassen. Zu solchen Vorschriften läge kein Anlaß vor. Andere Bestimmungen stellen nach Ansicht des Redners eine Bevormundung der Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung dar. Die Sparkassen hätten sich glänzend entwickelt. Wozu dann aber ein Sparkassengesetz? Dafür müßten die größeren Fraktionen die Verantwortung übernehmen.

Abg. **Kleinkenzel** (nat.): Die Vorlage sei von den Gemeinden nicht besonders freudig begrüßt worden. Man befinde sich in einer Zwangslage. Die Regierung nehme das Recht der Genehmigung der Errichtung neuer Sparkassen und die Gestaltung der Satzungen für sich in Anspruch. Das sei mehr oder weniger glücklich gewesen, jedenfalls sei den Gemeinden die Einmischung in die Geschäftsführung nicht angenehm gewesen. Die Sparkassen seien die Bank des kleinen Mannes, sie müssen noch weiter ausgebaut und keinerlei Beschränkungen unterworfen werden. Meine politischen Freunde würden das kleinere Uebel wählen und für die Vorlage eintreten, das Gesetz aber so umgestalten, daß beide Teile zu ihrem Rechte kommen.

Abg. **Mehnert** (Soz.):

Die Rechtslage, die durch den Heidenauer Fall gegeben war, mußte zu einer gesetzlichen Regelung führen. Bei Beratung der Notverordnung im Jahre 1915 sei vom Berichterstatter namens der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten die Erklärung abgegeben worden, daß die Regierung sich von keinem anderen Grundsatze leiten lassen dürfe, als bei der Aufsichtsführung über die Gemeindeverwaltungen im allgemeinen, daß den Gemeinden insbesondere der Rechtsmittelweg nicht beschnitten werden dürfe. Dieser Gesichtspunkt dürfe also nicht unbeachtet bleiben. Die Regierungsvorlage stelle **etwas außergewöhnlich Dürftiges** dar; sie erscheine **in dieser knappen Form fast überflüssig, weil nichts Neues darin zum Ausdruck komme. Man könnte fast annehmen, daß es deshalb richtiger wäre**, die Vorlage abzulehnen, durch die Befristung des Notgesetzes müsse aber etwas geschehen. Die Gezwungenheit der Vorlage lese man aus jeder Zeile der Begründung heraus: die Vorlage sei in jeder Beziehung auch unzulänglich. Wenn wir es auch nicht für wünschenswert halten, daß die Vorgänge im Heidenauer Falle Fuß fassen möchten, so war doch deutlich die Willkür gegenüber der Gemeinde Heidenau und besonders der Umstand, unter dem die Beschränkung der Gemeinde durch die Regierung ausgesprochen worden war, indem ihr jeder Rechtsweg abgeschnitten wurde. Und damit vergegenwärtige man sich die damals abgegebene Erklärung der drei Fraktionen. Auf keinen Fall dürfe bei der künftigen Regelung den Sparkassen Gemeinden erschwert werden, den Rechtsweg zu beschreiten. Die gesetzliche Regelung sei sehr folgenschwer. Die Gemeindesparkassen müßten vor Schädigungen bewahrt bleiben. Würde das Dekret, unwesentlich abgeändert, zur Annahme gelangen, so würde der Regierung eine Blankovollmacht von unabsehbaren Folgen erteilt. **Vor allem müsse vom Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gerettet werden, was noch zu retten sei.** Pflicht und Schuldigkeit sei es, die Vorlage sorgsam zu prüfen. Eine mürbe Art sei es, von vornherein alles abzulehnen, mit Kanonen nach Spatzen zu schießen und letzten Endes doch dafür zu stimmen.

In dem letzten Jahrzehnt seien zweifelos verschiedentlich im Sparkassenwesen Mißstände eingerissen, so beim Umfang der Beleihung von Hypotheken und bei der Art der Beleihung von Kapitalien, so daß tatsächlich ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde berechtigt war. Einzelne Bestimmungen der Vorlage greifen aber schwer in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein. Auch im Interesse der Geschäftsvereinfachung sollte die Regierung den Gemeinden Vertrauen entgegenbringen und ihnen die Ausgestaltung der Sparkassen überlassen. Die Deputation sollte besonders die Frage prüfen, inwieweit sie der Regierung das Hineinredecht zubilligen wolle. Mindestens sollten durch Aufstellung allgemeiner Richtlinien befriedigende Verhältnisse geschaffen werden. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Roth** (Fortschr. Vp.) bemerkt dem Vorredner gegenüber, daß er von Mißständen im Sparkassenwesen nichts wisse.

Abg. Dr. **Mangler** (kons.): Ein Teil seiner Parteifreunde sei der Ansicht, daß es am besten wäre, das Dekret so bald als möglich wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen. Der Entwurf atme den Geist einer längst vergangenen Zeit. Die Vorlage kenne für die Regierung nur Rechte, aber keine Pflichten.

Ministerialdirektor Dr. **Roscher** meint, es wäre am verkehrtesten, wenn die Sparkassen zu Gemeindebanken gemacht würden.

Abg. **Müller** (Soz.):

Die Vorlage habe den Fehler, daß das Interesse des **Sparers nicht beachtet** werde. Die Aufgaben der Gemeindesparkassen **sich jetzt in der Hauptsache in der Beschaffung des Realkredits für die Hausbesitzer.** Bei der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen, und wenn man bedenke, in welchen Interessensphären die Gemeindevertretungen sich betätigen, was besonders in der Sparkassenverwaltung zum Ausdruck komme, so hätte die Regierung hier bahnbrechend vorgehen sollen. Nur in seltenen Fällen unterstützen die Sparkassen jetzt die gemeinnützige Bautätigkeit. Hier könnte viel mehr geschehen. Ein Personalkredit der Sparkassen könnte ebenfalls sehr wohltuend wirken.

Vizepräsident Fräßdorf (Soz.):

Die Vorlage habe auf allen Seiten des Hauses eine Beurteilung gefunden, die bezeichnend sei für das Verhältnis der Regierung zur Kammer und der Regierung zum Volke. Die **Regierung** habe sich wieder ein **al reaktionärer gezeigt, als es selbst auf der rechten Seite erwartet werde.** Das Aufsichtsrecht der Regierung arte hier, wie auch vielfach auf dem Gebiete der Kriegsversicherung aus in Vormundschaft und mache dadurch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden illusorisch. Die Sparkassenüberschüsse sollten wieder den Kreisen zugute kommen, aus denen die Spargelder stammen. Man würde der Vorlage erst die Giftzähne ausziehen müssen, ehe sie etwas Brauchbares bilden werde.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte geht die Vorlage an die Gesetzgebungsdeputation.

Nächste Sitzung: Donnerstag, mittags 12 Uhr. Interpellation Fellner (Unabh. Soz.) über den Demonstrationsstreik.

Parteiangelegenheiten.

Die Kampfesart Unabhängiger.

In der Fränkischen Tagespost wurde unlängst das Gebahren eines von Lebedour enthusiasmierten Menschen gekennzeichnet, der Genossen Timm vom Rednerpult wegriß und körperlich mißhandelte. Der unabhängige Abgeordnete Simon verteidigte dieses Raufbruder mit der Erinnerung an einen tätlichen Angriff des Genossen Timm auf Stadthagen auf der letzten Parteikonferenz. Genosse Adolf Braun rückt jetzt diese Ausrede scharf ins Licht:

„Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der Parteikonferenz, in der sich das allgemein und sofort in energischster Weise verurteilte Vorgehen des Genossen Timm ereignete, in Berlin in aller Schärfe und Entschiedenheit Timm geladelt. Genosse Timm hat mannhaft sein lebhaftes Bedauern in Form einer Abbitte zum Ausdruck gebracht. Wie ganz anders bei den Unabhängigen. Sie nennen das Brutaloschlagen des Genossen Timm in der Leipziger Volkszeitung und im Gothaer Generalanzeiger ein „Rockzupfen". In der von uns aufbewahrten Nummer des Gothaer Generalanzeigers vom 25. Januar heißt es tödlich: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir für das Rockzupfen gerne die Verantwortung tragen". Genosse Simon kommt recht spät mit seiner pathetischen Erklärung. Richtig ist, daß er uns am 17. Januar mitgeteilt hat, daß der ehemalige Polizeiaufseher gegen Genossen Timm seinen eingetretenen Mitglied der Unabhängigen Partei sei. Wir hatten das auch nicht von ihm behauptet, nehmen aber heute wie damals an, daß er ein Anhänger Lebedours ist."

Aus aller Welt.

Steuerhinterziehungen bei den Mannesmann-Waffen- und Munitionswerken.

Schon seit einiger Zeit schwebte gegen die leitenden Persönlichkeiten der Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke in Remscheid ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung, das zur Verhaftung des Generaldirektors Adels führte. Die Untersuchung, die in den Händen der Staatsanwaltschaft Elberfeld liegt, ist noch nicht abgeschlossen, doch kann als erwiesen angesehen werden, daß Adels bedeutende Summen seines Einkommens und Vermögens der Steuerbehörde verschleiert hat. Der Gefahr der Verdunkelung des Tatbestands wurde durch Verhaftung Adels entgegengewirkt. Gleichzeitig wurde sein erreichbares Barvermögen beschlagnahmt. Direktor Zilger hat eben alls Steuerhinterziehungen in großem Maßstabe begangen. Seiner Verhaftung hat sich Zilger durch Selbstmord entzogen. Er erschoß sich am Freitag in einem Elberfelder Gasthof.

Drei Personen bei einem Brande erstickt.

In St. Peter bei Freiburg i. Br. brannte einem Privat-Telegramm zufolge die bekannte alte Klostermühle sowie ein dicht angrenzendes Anwesen, das dem Schneidermeister Maier gehört, nieder. Von der Familie Maier konnten sich die Eltern und eine 14jährige Tochter retten, während die 82jährige Mutter Maiers sowie dessen älteste, 10 Jahre alte Tochter und der 10jährige Sohn den Erstickungstod fanden.

Der „Millionärssohn aus Chemnitz".

Juwelen- und Pfandscheinschiebungen größten Umfanges lagen einer Betrugsanklage zugrunde, die den früheren Artisten Siegfried Posner, genannt Mazini, vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Der Angeklagte soll in den Kreisen der Juwelen- und Pfandscheinschieber, die in einigen Kaffeehäusern der Friedrichstadt verkehren, eine bekannte Persönlichkeit sein. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß in der Stadt Chemnitz der millionenreiche Viehhändler Posner eine sehr bekannte Persönlichkeit sei. Hiervon ausgehend, verwandelte sich P. in den „Millionärssohn Posner aus Chemnitz" und unternahm in dieser Rolle einen Raubzug gegen eine Reihe Pfandleiher. Bei diesen erschien er mit allerlei Brillantschmuckstücken, die nach dem Gutachten des Sachverständigen Juweliers Mengel äußerst minderwertig waren, und erzählte, er sei der Sohn des reichen Posner aus Chemnitz und befinde sich in vorübergehender Geldverlegenheit, die ihn zwinge, die Schmuckachen zu verpfänden. Der Hinweis, daß er die Juwelen in den nächsten Tagen sofort wieder einlösen würde, veranlaßte die Pfandleiher, die echten Stücke gar nicht erst näher zu prüfen, sondern den von dem Angeklagten verlangten hohen Beleihungspreis zu zahlen. Posner löste die weit über den Wert beliehenen Sachen nicht ein, sondern verkaufte auch noch die Pfandscheine. — Vor Gericht trug der Angeklagte ein recht abenteuerliches Beichen zur Schau: er verließ mitten in der Verhandlung die Anklagebank und versuchte in den Akten herumzukramen. Von Rechtsanwalt Dr. Pappe war der Beweis dafür angetreten worden, daß der Angeklagte geisteskrank sei. Auf Grund des vorgelegten ärztlichen Gutachten kam das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten.

100 Strafanzeigen wegen zu hoher Gänsepreise.

Obwohl die Höchstpreise für Gänse wahrlich hoch genug bemessen sind, begnügten sich in zahlreichen Fällen die Verkäufer auch damit noch nicht. Wie der Berliner Magistrat mitteilt, hat der Fachausschuß bei der Preisprüfungsstelle mehr als **hundert strafbare Uebertretungen des Höchstpreises** feststellt und der Strafbehörde zur Anzeige gebracht. Bemerkenswert ist die große Anzahl von Strafanzeigen, bei denen der Verkauf nicht durch die Berliner Käufer erfolgt, sondern bei denen eine Ueberforderung aus oft entlegenen Gebieten des Reiches vorlag. In merkwürdigem Gegensatze zu der selbst von Mitregierungsbeisitzern vorgeschützten Unkenntnis der Höchstpreisverordnung stand die Kenntnis von den Wucherpreisen, die im Schleichhandel bezahlt wurden. Daß der Kleinhandelspreis von 4.25 M. für das Pfund schon von Züchtern gefordert wurde, war noch der geringste Verstoß. 5 und 6 M. waren übliche Forderungen. Aber auch Preise von 7 bis 10 M. für das Pfund wurden nicht selten verlangt. Die höchsten Preisforderungen kamen aus Oberschlesien.

Letzte lokale Nachrichten.

Explosion.

Eine verhängnisvolle Explosion trug sich gestern Ecke Elisen- und Blumenstraße zu. Ein 11 Jahre alter Obertertianer hatte mit einigen anderen Kameraden sich eine Sprengstoffmine angefertigt und trug sich mit der Absicht, sie am Elbufer auf ihre Zündung hin zu prüfen. Er trug den Sprengstoff in seiner Tasche. Auf dem Wege nach der Elbe kam der Sprengstoff plötzlich aus noch unaufgeklärter Ursache zur Explosion und riß dem Schüler sich die ganze rechte Hand ab. Außerdem wurde ihm die Kleidung vom Körper gerissen. Man brachte den Knaben in eine Hausflur und später im Unfallwagen nach dem Krankenhause. Sonderbarerweise hatten ihn seine Kameraden im Stich gelassen und das Weite gesucht. Wie wir hören, handelt es sich um den Sohn eines in der Wintergartenstraße wohnenden Kaufmannes.

Zwei Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung. In einem Hause der Böhmischen Straße wurden heute vormittag ein 58 Jahre alter Mann und eine 56 Jahre alte Frau mit Kohlenoxydgas bewußtlos aufgefunden, nachdem vorher ihre Wohnung gewaltsam geöffnet werden mußte. Es lag Unglücksfall vor. Der Mann wurde wieder zum Bewußtsein gebracht, die Frau nach dem Krankenhaus befördert.

Tod durch Leuchtgas. Heute morgen wurde in ihrer Wohnung Kleine Plauensche Gasse, ein Dienstmädchen mit Gas vergiftet aufgefunden. Die an ihm vorgenommenen Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Es liegt Selbstmord vor.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verteilung von Kunsthonig.

§ 1. Auf Ausweis „139" der Lebensmittelkarte (17. Februar bis 16. März 1918) werden:

¾ Pfund Kunsthonig

verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken können beim Mehlbezirk für die von ihnen zu verpflegenden Kranken aus dem Zivilstande die Ausstellung eines Bezugsscheins beantragen. Hierbei sind ¾ Pfund Kunsthonig für jedes belegte Bett zugrunde zu legen.

§ 3. Die Anmeldung der Ausweise und Bezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat **am 21. oder 22. Februar 1918** zu erfolgen.

§ 4. Die Geschäftsinhaber haben die Ausweise und Bezugsscheine aufgerechnet, die Ausweise in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Firmenaufschrift oder -aufdruck versehen, der zuständigen Meldestelle **am 23. oder 25. Februar 1918** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 5. **Wer gefälschte Ausweise oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unrichtige Angaben über die Zahl der eingereichten Ausweise macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.**

§ 6. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für Großbetriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Einkaufsvereine),

b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind,

c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden sind,

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

d) für Geschäfte, die weder unter a. noch unter c und c fallen, die Firmen

Weger & Warmuth, Friedrichstraße 19
Schlegel & Dreher Nachf., Bautzner Str. 3
Holm Jumpe, Josephinenstraße 2
Richard Thieme, Kasernenstraße 1
Julius Weiß, Königstraße 9
Otto Kormann, Zirkusstraße 29
Adolf Schreiber, Zirkusstraße 10
Georg Hornig, Berliner Straße 56.

§ 7. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 1. März 1918 erfolgen, widrigenfalls sich der Kleinhändler strafbar macht.**

§ 8. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt bei Tafelware 75 Pf., bei Ausstellware 73 Pf. für das Pfund.

§ 9. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft, Bautzner Straße 15, 3., ob.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Dresden, den 21. Februar 1918.

Der Rat zu Dresden.

Bekanntmachung
der Allgem. Ortskrankenkasse Radebeul u. Umgegend.

Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. November 1917 werden mit Wirkung vom 25. Februar 1918 an die Grundlöhne der Versicherten bis auf 10 M. erhöht. Von den bestehenden Lohnstufen 1 bis 11, in die die Versicherten nach ihrem Arbeitsverdienste eingereiht sind, wird die unterste 1. Stufe in Wegfall gebracht und vier weitere obere Stufen angefügt, die sich aus der nachstehenden Uebersicht, in der auch die für die neuen Lohnstufen geltenden Beiträge aufgeführt sind, ergeben.

Die Arbeitgeber werden ersucht, binnen drei Tagen nach dem 25. Februar 1918 sämtliche an diesem Tage bei ihnen beschäftigten Versicherten mittels der ihnen zugehenden Meldeformulare nach dem jetzt tatsächlichen Verdienst zu melden. Zu beachten ist dabei, daß Kriegs- oder Teuerungszulagen, die den Versicherten gewährt werden, zum Lohn zu rechnen und bei der Anmeldung zu berücksichtigen sind. Auch wird darauf hingewiesen, daß Aufwärterinnen in Privathaushaltungen und Gewerbebetrieben, ebenso Lehrlinge und Lehrmädchen ohne jede Entschädigung krankenversicherungspflichtig sind. Betriebsbeamte, Werkmeister oder andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung scheiden, sofern ihr Jahreseinkommen mehr als 2500 M. beträgt, aus der Versicherungspflicht aus. Sie sind jedoch berechtigt, ihre Mitgliedschaft durch Weiterversicherung aufrecht zu erhalten, was sie innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht an Kassenstelle erklären müssen. Die Arbeitgeber werden ersucht, die Ausscheidenden von den Anmeldungen zu verständigen und auf die Weiterversicherung hinzuweisen.

Das Krankengeld wird vom 25. Februar 1918 an von 50 auf 60 % des Grundlohns erhöht. Der III. Nachtrag zur Satzung kann von Donnerstag den 28. Februar an an Kassenstelle in Empfang genommen werden. [S 22

Radebeul, den 19. Februar 1918.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Höltzsch, Vorsitzender.

Uebersicht.

Arbeitsverdienst	Grundlohn	wöchentl. Beitrag
Stufe 1 bis 1.75 M. einschl. der ohne Entgelt beschäft. Lehrlinge	1.50	0.36
„ 2 1.75 M. bis 2.25	2.00	0.48
„ 3 2.25 „ „ 2.75	2.50	0.60
„ 4 2.75 „ „ 3.25	3.00	0.72
„ 5 3.25 „ „ 3.75	3.50	0.84
„ 6 3.75 „ „ 4.25	4.00	0.96
„ 7 4.25 „ „ 4.75	4.50	1.08
„ 8 4.75 „ „ 5.25	5.00	1.20
„ 9 5.25 „ „ 5.75	5.50	1.32
„ 10 5.75 „ „ 6.50	6.00	1.44
„ 11 6.50 „ „ 7.50	7.00	1.68
„ 12 7.50 „ „ 8.50	8.00	1.92
„ 13 8.50 „ „ 9.50	9.00	2.16
„ 14 9.50 und mehr	10.00	2.40

Messow & Waldschmidt

Preiswerte
Papierwaren
Mengenabgabe vorbehalten

Briefpapier in Faltpackung, 25 Bogen, 25 Umschl. mit Seidenpapierfutter 1.45, **1.25**	**Briefmappen** 10 Bogen und 10 Umschläge 45, 28, **20 ₰**
Briefkarten in Faltpackung, 25 Karten, 25 Umschläge mit Seidenpapierfutter . . . 1.25, **95 ₰**	**Briefmappen** 5 Bogen und 5 Umschläge 20, 15, **10 ₰**
Briefpapier Reinpost 25 Bogen und 25 Umschläge. . **95 ₰**	**Kartenbriefe** mit Einlage, 10 Stück 38, 35 ₰ ohne Einlage . . 10 Stück 25, **20 ₰**
Leinenpapier, weiß, grau, lila, 25 Bogen und 25 Umschläge mit Seidenpapierfutter . . 1.95, **1.60**	**Feldpostumschläge** 10 Stück **22 ₰**
Geschäftspapier Oktav 50 Bogen 1.00 Quart 50 Bogen **1.50**	**Feldpostkarten** 10 Stück **12 ₰**
Kanzleipapier 50 Bogen 1.40, **1.20**	**Paketadressen** 10 gelbe und 10 weisse **22 ₰**
Geschäftspapier in Blocks Oktav 100 Blatt 1.25, 50 Blatt **75 ₰**	**Mundtücher** weiss . . . . . 100 Stück **2.50**
Notizblocks perforiert, ca. 70 Blatt . Stück **10 ₰**	**Filtrierpapier** rund . . . . . 100 Blatt **35 ₰**
Geschäftsumschläge farbig . . 100 Stück 2.50, 1.50, **1.30**	**Brotpapier** Rolle = 100 Blatt **95 ₰**
Geschäftsumschläge weiß . . . . . 100 Stück **3.00**	**Klosettpapier** Rolle **30 ₰**

Soz. Verein Dresden-A.

Sonnabend den 23. Februar im Tivoli

Künstlerischer Unterhaltungs-Abend

Als Mitwirkende sind gewonnen worden:
Frl. **Olga Schlegel,** Konzertsängerin; Frl. **Lotte Sauer,** Klavier; Frl. **Johanna Lauck,** Lieder zur Laute; Frl. **Gertrud Walden,** Rezitationen; Hr. **Kurt Strzelewicz,** Violine; Hr. **Kurt Liersch,** Violine; Hr. **B. Strzelewicz,** Humor und Satire.

Saalöffnung 6½ Uhr. Karte 60 Pf. Anfang 7½ Uhr.

Karten sind zu entnehmen: Bei allen Beitragskassierern; im Gewerkschaftskartell; in der Volksbuchhandlung; bei Herrn Moritz Richter, Lagerhalter, Schülerstr. 30, Herrn Berndt, Lagerhalter, Güterbahnhofstr., und Herrn Höfgen, Lagerhalter, Hopfgartenstr. 9. [S 447

Baugew.-Krankenversicherungsverein Dresden.

Freitag den 22. März, abends 7½ Uhr in Rothes Restaurant Altmarkt 8, 1.

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verlesung der letzten Niederschrift. — 2. Kassenbericht. — 3. Ergänzungswahlen. — 4. Erledigung von Anträgen. — 5. Festsetzung betreffs Entschädigung. — 6. Allgemeines.

Der Gesamtvorstand. [B 3266

Konzertdirektion R. Schönfelder, Dresden

Sonnabend, 23. Febr., 4 Uhr
Sonntag, 24. Febr., 4 Uhr **Konzerthaus**

ONKEL FRANZ

Lustige Plauderstündchen [S 22
für kleine u. grosse Leute

Der bekannte Jugendschriftsteller Franz Robert Hannesen aus Berlin erzählt unter Mitwirkung seiner Tochter Lotte viel Schönes aus eigenem Werken unter Vorführung von
150 drolligen, farbigen Lichtbildern.

In Berlin 17 Abende mit 10000 Besuchern! Kgl. Lande-theater, Prag, viermal ausverkauft! Karten Mk. 3, 2, 1 exkl. Steuer (Kinder die Hälfte) im Residenz-Kaffeehaus.

S 439] Gruppe
Klotzsche-Hellerau
Freitag, 22 Februar:
Gruppensitzung.

Zahle für
geb. Zeitungen à kg **27 ₰, Hefte, Bücher, Zeitschr., Akten** à kg **23 ₰, Lumpen, Knochen, Eisen, Glasbruch** höchste Preise. [B 3218
Otto Claus, Lübecker Str. 20
Tel. 24770 Neustadt. Bote ab.

Sommer-Hüte
zum Umnähen auf neueste Formen nimmt schon jetzt entgegen
H. Hensel
Zinzendorfstr. 51

Potschappel.

Auf Nr. 27 kann von den Inhabern der mit den Ordnungsnummern 1 bis mit 900 versehenen gelben Nahrungsmittelkarte **eine Dose Leberpastete** zum Preise von 2.75 M. entnommen werden. Beide erhalten die Nummern 1 bis 300 bei Köppler, 301 bis 600 bei Albert Müller und 601 bis 900 bei Thomaschk.

Auf Nr. 26 können die Inhaber der mit den Ordnungsnummern 1101 bis Ende versehenen gelben Nahrungsmittelkarten entweder **ein halbes Pfund Kleinheringe** zum Preise von 60 Pf oder **eine Büchse Sardinen** zum Preise von 1.30 M. bzw. 1.65 M. käuflich erwerben. Für die Kleinheringe ist ein Gefäß oder Papier mitzubringen. Beliefert werden die Nummern 1101 bis 1700 bei Schrot, 1701 bis 2300 bei Roßberg u. Sohn, 2301 bis 2900 bei Bruno Fischer und 2901 bis Ende bei Hetzner.

Auf Nr. 23 der grünen Nahrungsmittelkarte kann in den Geschäften, in dessen Kundenliste der Karteninhaber eingetragen ist, **ein halbes Pfund Marmelade** zum Preise von 45 Pf entnommen werden.

Potschappel, den 19. Februar 1918.

W205] **Der Gemeindevorstand.**

Musenhalle. [S 65
Vorstadt Löbtau, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahnl. 7, 13, 22
Tägl. abds 8.10. **Der neue Lachschlager**
Tante Knaster Originalschwank von Horst in drei Akten **Neu für hier!**
Wochentags 1 Plan 20 Pf

Zahnarzt Hinrichsen
Gröbelstr. 14, Ecke Kesselsdorfer Str. [W 150
hält jetzt wieder von 9—1, 3—5 Uhr Sprechstunde ab.

Pflicht aller Kriegsbeschädigten

ist, die **Versammlung der Ortsgruppe Dresden des Bundes Deutscher Kriegsbeschädigten,** Sitz Hamburg

Sonntag den 24. Februar, vorm. 11 Uhr

im **„Palmengarten",** Pirnaische Straße 29, zu besuchen. Kamerad **Fischer,** Hamburg, spricht über:

Weg und Ziele des Bundes.

Kameraden! Sorgt für massenhaften Besuch der Versammlung. **Eintritt frei!** [W 150

ACHTUNG! CIRCUSBESUCHER! [S 50

Infolge des unerhörten Erfolges des Schaustücks »Torpedo-Ino!« ist der Andrang jetzt derartig stark, dass es sich empfiehlt, die Karten rechtzeitig zu lösen. Telephonische Karten-Bestellungen werden nur auf Parkett- und Logensitze entgegengenommen, und nur von zehn Uhr morgens an. Telephonisch bestellte Karten müssen bis eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn abgeholt sein. Die Tageskasse ist von 10 Uhr morgens an ununterbrochen geöffnet. Die Vorstellungen beginnen alltäglich um 7 Uhr, Sonnabend, Sonntag und Mittwoch nachmittags um 3 Uhr. In jeder Vorstellung, gleich ob nachmittags oder abends, wird das Schaustück »Torpedo-Ino!« ungekürzt gegeben.

SARRASANI

Sarrasani-Trocadero: Alltäglich 7—11 Uhr **Stimmungsabende**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG